

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2009



- Der neue Koalitionsvertrag
- Verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden
- Hintergrund:
Das MfS – (radio)aktiv an der Grenze

Aktuell

- 3 Rot-Rote Regierungskoalition in Brandenburg
Ehrung für MEMORIAL
Ausstellung verlängert
Kommentar

Recht

- 4 Russische Rehabilitierungen
Zur Durchführung des Ministergesetzes
- 5 Der neue Koalitionsvertrag

Aufarbeitung

- 6 UOKG-Kongreß zu verfolgungsbedingten
Gesundheitsschäden

Thema

- 8 Die Entwicklung der Internationalen Strafgerichtsbarkeit

Hintergrund

- 10 Grenzsicherung mit radioaktivem Material

Berichte

- 13 Mit Kerzen gegen rot-roten Affront
Die Zeit ist reif...
Leser erinnern sich an den Fall der Mauer

Verbände

- 14 VPVDK
Wismut-Geschädigte
Weihnachten in Workuta
Nachrufe
- 15 Spendenaufruf
- 16 Leserbrief

Service/Bücher

- 17 Der Vorhang geht auf
- 18 Helden von Leipzig
Von Zuchthaus und Verrat
- 19 Geheimsache Reichsbahndampf
Buchtip

Service/Veranstaltungen

- 17-19

Quo vadis, SPD?

Von Horst Schüler

In der römischen Sagen- und Mythenwelt gab es den Gott Janus. Er war für Anfang und Ende zuständig, ins Materielle übertragen für Tore und Türen. Um deutlich zu machen, daß Türen nach innen und nach außen zu öffnen oder zu schließen sind, daß sie also zwei Seiten haben, wurde Gott Janus mit zwei Gesichtern dargestellt. Das aber gibt ihm Bedeutung bis in die Gegenwart. Immer dann, wenn Menschen sich mit zwei Gesichtern zeigen, die jeweils Ausdruck für unterschiedliche Bedeutung oder Meinung sind, sprechen wir von einer janusköpfigen Darstellung. Beispiele dafür gibt es reichlich, mir allerdings geht es hier ausschließlich um die Sozialdemokratische Partei, die sich immer klarer als eine Partei mit zwei Gesichtern präsentiert, sehr unterschiedlichen Gesichtern. Manche werden sagen, das gibt es bei allen politischen Gruppierungen, warum also nicht auch bei der SPD? Und warum geht über deren Janusköpfigkeit die Enttäuschung vieler Menschen so schmerzhaft in die Gefühlswelt ein?

Zu tun hat das wohl mit der Geschichte der SPD. Ohne die Verdienste anderer Parteien schmälern zu wollen: Es waren vor allem Sozialdemokraten, die in den vergangenen Jahrhunderten entscheidend dazu beigetragen haben, daß Kinderarbeit beseitigt wurde, daß die Arbeitswelt einen menschwürdigen Rahmen bekam, daß die Menschen „unten“ überhaupt erst zu einem Selbstbewußtsein fanden. Kurz: Die SPD hat unsere heutige Gesellschaft mit vernünftigen Arbeitszeiten, mit Urlaubsansprüchen, Kündigungsschutz, Gleichberechtigung der Geschlechter und vielen anderen Dingen, die uns selbstverständlich erscheinen, geformt. Und ihr Eintreten dafür ging in die familiären Traditionen ein, viele unserer Urgroßväter, Großeltern, Eltern waren an den Kämpfen der SPD beteiligt, haben dafür Entbehrungen auf sich genommen

und für Freiheit und Menschenrechte sogar ihr Leben gegeben.

Aus einer solchen Familie stamme ich. Meinen sozialdemokratischen Vorfahren gegenüber fühle ich mich verpflichtet. Ich und sicher auch viele andere unter uns, die wir für die Errichtung einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft in die Gefängnisse der Kommunisten gingen, der historisch schärfsten Gegner der SPD. Und deshalb grenzt unsere Enttäuschung über das janusköpfige Gesicht der heutigen SPD beinahe schon an Verzweiflung, zeigt es sich doch in ihrer Haltung zu den heutigen Kommunisten bei den Linken. Da sind Sozialdemokraten wie Walter Steinmeier, Klaus von Dohnanyi, Helmut Schmidt, Peer Steinbrück, oder der Thüringer Christoph Matschie, die eine Zusammenarbeit mit den Linken ablehnen, so lange sie sich nicht von ehemals aktiven Mitarbeitern des DDR-Ministerium für Staatssicherheit und von Politikern trennen, die offen die Systemfrage stellen. Und da sind Andrea Nahles, Ottmar Schreiner, Ludwig Stiegler, Heidemarie Wieczorek-Zeul, da ist auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck, die solche Zusammenarbeit suchen, ungeachtet der Tatsache, daß viele dies als Verrat an der sozialdemokratischen Geschichte werten. Denn um das noch einmal in Erinnerung zu bringen: Keine andere deutsche Partei wurde von den Kommunisten in der ehemaligen DDR so verfolgt wie die SPD. Unter den Tausenden, die in den Gefängnissen und Lagern der Kommunisten saßen oder gar hingerichtet wurden, waren ungezählte Sozialdemokraten.

Wer repräsentiert also die heutige SPD? Menschen wie Steinmeier oder Menschen wie Platzeck? Herrgott, ihr sozialdemokratischen Mächtigen, gebt uns eine Antwort. Und macht es euch bitte nicht so leicht damit.

Umschlagbild: Die Wanderboje am Mauerstreifen. Als interaktives Projekt entwickelt, bewegte sie sich vom 13. August bis 9. November 2009 entlang des ehemaligen Mauerstreifens um Berlin. Passanten machte sie durch laute Klopfzeichen und Blinksignale auf sich aufmerksam, um dann mit elektronischer Leuchtschrift die Mauer Geschichte eines Zeitzeugen zu erzählen, die mit dem jeweiligen Standort der Wanderboje verbunden war. So umrundete sie auf der Spur persönlicher Grenz-Erfahrungen die Stadt.

Foto: N. Radlitz

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

„Große Worte – aber auch großer Mist“

Die neue Regierungskoalition in Brandenburg

(st) Die Bildung einer rot-roten Regierung in Brandenburg wird besonders von den ehemaligen politisch Verfolgten der SED-Diktatur als Affront betrachtet. Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG äußerte große Besorgnis darüber, daß sich der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck zum Steigbügelhalter der Partei der Mauermörder degradieren. Durch die Regierungsbeteiligung einer Partei, „in der frühere Stasi-Spitzel, SED-Altkaeder und Verharmloser des Unrechtssystems der DDR das Sagen haben“, sei eine drastische Schwächung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in diesem Bundesland zu befürchten. Die Opfer hätten wenig Hoffnung darauf, daß sich Platzeck und seine Genossen für eine Fortentwicklung

der Demokratie in Brandenburg einsetzen würden.

Während der Wahl Platzecks zum Ministerpräsidenten erschien der ehemalige politische Häftling Dieter Dombrowski, heute stellvertretender Vorsitzender der brandenburgischen CDU-Fraktion und Generalsekretär, in einem Häftlingsanzug im Saal. Er wolle an einem Tag, „an dem die Stasi-Leute in die Regierung kommen, darauf hinweisen, daß es Opfer der Stasi gab“.

Zu Platzecks Rechtfertigungsversuch, es sei Zeit für die kollektive Versöhnung mit den ehemaligen SED-Verantwortlichen, bemerkte Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufar-

beitung, dies seien „große Worte – aber auch großer Mist“. Die von Platzeck geforderte Generalabsolution beleidige jeden, der sich in diesen Tagen über den Mauerfall freue. Neben der Voraussetzung für Versöhnung, der individuellen Reue der Täter, müsse auch „die Linkspartei als Nachfolgepartei der SED endlich wissenschaftlich eindeutig die eigene Geschichte aufarbeiten, statt immer noch der Fata Morgana von der Überlegenheit des Sozialismus und des Kommunismus hinterherzulaufen und den Systemwechsel zu fordern“. Der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, kommentierte, viel fehle nicht mehr, bis in Deutschland ein ehemaliger Stasi-General Innenminister werden könne. ■

Ehrung für MEMORIAL

(st) Der vom Europäischen Parlament vergebene Sacharow-Preis für Menschenrechte und Gedankenfreiheit ist der russischen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL zuerkannt worden. Die Organisation selbst war von Sacharow in

den 80er Jahren gegründet worden, um das Andenken an die Opfer des Stalinismus wachzuhalten. Die Zuerkennung des Preises sei „ein starkes Signal an die russische Führung“, sagte der litauische Abgeordnete Leonidas Donskis. Auch der

Dachverband UOKG gratulierte MEMORIAL zu der Ehrung. Die Auszeichnung sei Ausdruck dafür, wie sehr sich die Organisation um die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im Osten Europas verdient gemacht habe. ■

Verlängerung

(st) Die Open-Air-Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft „Friedliche Revolution 1989/90“ auf dem Berliner Ale-

xanderplatz hat seit ihrer Eröffnung am 7. Mai 2009 über eine Million Besucher aus aller Welt angezogen. Sie sollte bis zum

14. November zu sehen sein. Der Berliner Senat hat jetzt beschlossen, die Schau bis zum 3. Oktober 2010 zu verlängern. ■

Kommentar

Das Ende lag schon im Anfang

In diesen Monaten und Wochen feiern wir die friedliche Revolution in der DDR, die zur glücklichen Wiedervereinigung Deutschlands führte. Wann begann eigentlich das Ende der DDR? Ganz klar, das Ende begann bereits 1945!

Viele Bürger in der Sowjetischen Besatzungszone, die sich nach der schrecklichen Nazi-Herrschaft endlich Selbstbestimmung und einen humanen Staat mit bürgerfreundlicher Regierung ersehnt hatten, waren schnell enttäuscht. Die Nazi-Konzentrationslager wurden weiter genutzt, Verschleppung, Vertreibung, eine menschenverachtende Unrechtsjustiz setzten ein, Unschuldige wurden wieder verfolgt, verurteilt und kamen zu Tode.

In Ilmenau zum Beispiel wanderte ein Großteil der Unternehmen der Glasindustrie in den Westen ab – nicht etwa, weil dort bereits der Lebensstandard so viel höher gewesen wäre, sondern wegen der vielfältigen Repressalien, mit denen die Bevölkerung unter das Banner der „Diktatur des Proletariats“ gezwungen werden sollte. Die Regierung, ihr voran Ulbricht, war den meisten höchst unsympathisch, und mit der Zeit begriffen immer mehr, daß es sich bei dem angekündigten Sozialismus

keineswegs um eine moralisch höhere Gesellschaftsordnung handelte, sondern um einen Unterdrückungsmechanismus nach dem Motto: „Die Partei hat immer recht und nur die Partei hat recht!“

Bestärkt wurden die Menschen in ihrer Ablehnung täglich durch die zunehmende Arroganz des Parteiapparats, verfallende Städte, Mißwirtschaft, Bespitzelung, Reglementierung, Lügen, Betrug und schließlich durch den Bau der Mauer – damit gestanden die Diktatoren ihre eigene Unfähigkeit ein.

Bis 1989 hat der endgültige Zusammenbruch noch gedauert. Das kostete ungezählte Opfer, auch Todesopfer. Aber die DDR mußte zwangsläufig untergehen. Denn die anfangs als Kinderkrankheiten entschuldigten Mängel erwiesen sich als Konstruktionsfehler. Für manch einen kam das Ende sehr spät, die meisten jedoch konnten die neu gewonnene Freiheit noch nutzen. Deshalb wollen wir nicht vergessen: Die Ereignisse 1989 und 1990 waren das Beste, was uns passieren konnte! Dafür sei allen Beteiligten dank.

Hans-Peter Schudt

Russische Rehabilitierungen

Nicht nur moralische Bedeutung

Laut Mitteilung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (veröffentlicht z.B. in FAZ, 29.10.2009) hat die Moskauer Generalstaatsanwaltschaft 10 091 Urteile überprüft, die gegen Deutsche im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg ergangen sind. In den meisten dieser Fälle sind die Urteile der sowjetischen Militärgerichte (SMT) als rechtswidrig angesehen und die Betroffenen rehabilitiert worden. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat seit Juni 2008 die Aufgaben des Referats 506 des Auswärtigen Amtes übernommen und wird daraus resultierend auf ihrer neuen Internet-Seite www.dokst.de bis spätestens Ende November 2009 die Namen veröffentlichen. Betroffene und heute noch lebende Familienmitglieder ihrer damals meist zu Unrecht verurteilten Angehörigen können diese Rehabilitierungsbescheinigung bei der Dokumentationsstelle der Stiftung abfordern. Nähere Informationen und rechtliche Beratung zu dieser Problematik werden auch über die Geschäftsstelle des BSV-Fördervereins für Beratungen erteilt, Tel. (030) 55 49 63 34.

Der BSV-Landesverband Berlin-Brandenburg hat in der Vergangenheit viele Anträge auf russische Rehabilitierung über das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Moskau vermittelt. Auf Grund fehlenden Rücklaufs konnten nicht alle Vorgänge abgeschlossen werden. Diese Möglichkeit könnte sich nun auftun. An einer entsprechenden Information über eine vorliegende Rehabilitierung von Betroffenen, die damals den Rehabilitierungsantrag über den BSV gestellt haben, besteht großes Interesse (Telefonnummer siehe oben).

Eine russische Rehabilitierung hat in den meisten Fällen nur eine moralische Wirkung, die allerdings für die Betroffenen oder deren Hinterbliebene von großer Bedeutung ist. Sie kann aber auch sehr hilfreich sein im Zusammenhang mit dem Anerkennungsverfahren als ehemaliger politischer Häftling. Des weiteren ist sie Grundvoraussetzung für einen Rückgabe- oder Entschädigungsanspruch wegen enteignetem Vermögen (z.B. Immobilien-

besitz). Ein solcher Folgeanspruch wird aber nur begründet, wenn der Rehabilitierte nicht nur zu Haft- oder Todesstrafe verurteilt wurde, sondern auch bei Einziehung seines Vermögens und am Tag seiner Verurteilung noch Eigentümer seines Vermögenswertes war. Der Rückgabeanspruch wird nicht allein damit begründet, daß das Vermögen eingezogen wurde infolge der Verhaftung bzw. Verurteilung, vielmehr muß der Vermögensentzug schriftlich im Urteil festgehalten sein.

Es ist unbedingt darauf zu achten, daß Rückgabe- bzw. Entschädigungsansprüche innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab Zustellung des Rehabilitierungsbescheides, spätestens aber acht Monate ab Versendung des Bescheides durch eine deutsche Stelle, beim jeweils örtlich zuständigen Amt zur Regelung offener Vermögensfragen geltend gemacht werden. Der entsprechende Rehabilitierungsbescheid ist dem Antrag beizufügen. Hierbei handelt es sich um eine Ausschußfrist!

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Auch Anträge abgelehnt

Nachfrage zur Durchführung des Ministergesetzes

Mehrfach berichtete „der stacheldraht“ im letzten Jahr über eine Änderung des Bundesministergesetzes. Besagte Änderung brachte die Mitglieder des Ministerrats der Regierung de Maizière in den Genuß eines satten Ruhegehalts ab dem 55. Lebensjahr. Die sogenannte Ehrenpension soll sich auf eine Summe zwischen 650 € und 800 € belaufen.

Die Neuregelung sorgte für heftige Kritik in den Opferverbänden. Das Kabinett de Maizière war schließlich keine sechs Monate im Amt. Demgegenüber müssen Opfer politischer Haft mindestens sechs Monate Haftzeit nachweisen, um überhaupt in den Genuß einer monatlichen Zuwendung zu kommen. Ganz abgesehen davon, daß jene zudem wirtschaftlich Bedürftig sein müssen. Insbesondere fiel aber ein anderer Gesichtspunkt in den Fokus der Kritik. Die Gesetzesänderung bedachte nämlich auch solche Personen, welche nachweislich oder mutmaßlich den SED-Terror gestützt haben. Hier muß Dr. Kurt Wünsche Erwähnung finden. Justizminister unter der Regierung de Maizière, leitete Wünsche dieses Amt schon

einmal in den Jahren 1967 bis 1972. Seine Dienstherrn hießen damals Walter Ulbricht und Erich Honecker. Sollte dieser Mann eine solche Pension bekommen, wäre dies unerträglich.

Die UOKG hat daher im Sommer 2009 nachgefragt. Wir baten den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen) darum, eine kleine Anfrage bei der Bundesregierung über die bisherige Durchführung des Gesetzes zu stellen. Wir wollten wissen, wie viele Anträge gestellt und wie viele davon abgelehnt wurden. Besonders interessierte uns der Grund für eine Ablehnung. Denn das Bundesministergesetz sieht vor, daß ein Antrag abgelehnt werden kann, wenn der Berechtigte gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat. Diese Formulierung findet sich wortgleich auch in allen Rehabilitierungsgesetzen. Sie soll verhindern, daß SED-Täter in den Genuß staatlicher Leistungen kommen.

Wieland, als engagierter Fürsprecher für die Belange der SED-Opfer bekannt, brachte die kleine Anfrage bei der Bundesregierung ein. Die Antwort war zunächst erwartungsgemäß enttäuschend. Die Bundesregierung nahm schlicht nicht Stellung zu den Ministerrenten und beschränkte sich auf allgemeine Auskünfte. Davon unbefriedigt, hakte Wieland noch einmal nach. Am 30. September antwortete das Bundesinnenministerium in Person des parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier etwas ausführlicher. Hier die Antwort im Wortlaut:

„Auch nach erneuter Prüfung der Sach- und Rechtslage ist mir eine Beantwortung Ihrer Fragen wegen des grundrechtlichen Schutzes des betroffenen Personenkreises aus den nachfolgend dargelegten Gründen nur teilweise möglich. Das Vorliegen der gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen des § 21 Abs. 3 BminG ist vom jeweiligen Antragsteller gegenüber der zuständigen Bundesfinanzdirektion darzulegen. Die Antragsprüfung erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt hat der Antragsteller vor dem Hintergrund des Auschlussstatbestandes gem. § 21 Abs. 3 s. G BminG schriftlich zu versichern, dass keine derartigen Verstöße und Missbräuche begangen wurden. Im sich

anschließenden Verfahren werden neben den antragsbegründenden Unterlagen des Antragstellers sämtliche verfügbaren Informationen (z.B. Ergebnisse von Untersuchungsausschüssen, Pressemitteilungen) berücksichtigt. Sofern nach einer ersten Prüfung Anhaltspunkte vorliegen, dass ein Verstoß gegen § 21 Abs. 3 s. 6 BminG vorliegen könnte, wird der Betroffene gemäß §§ 13 Abs. 2 BminG i.V.m. 62 Abs. 2 s. 2 Beamtenversorgungsgesetz aufgefordert, einen zusätzlichen Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen zu erbringen. Bislang wurden 23 Anträge nach § 21 Abs. 3 und Abs. 3 BminG gestellt; 15 Anträge wurden positiv beschieden, zwei abgelehnt. In sechs Fällen ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Bitte haben Sie Verständnis, dass weitere Details nicht mitgeteilt werden können. Der Informationsanspruch des Deutschen Bundestages findet nach der Rechtsprechung des Bundesverfas-

sungsgerichts seine Grenzen nicht nur in den bereits von Ihnen genannten Gründen, die dem Geheimhaltungsinteresse sowie dem Staatswohl dienen und den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung betreffen, sondern auch im Grundrechtsschutz Dritter. Im vorliegenden Fall würde eine umfassende Beantwortung Ihrer schriftlichen Frage vom 22. Juli 2009 das durch Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG geschützte Recht der betroffenen Antragsteller auf informationelle Selbstbestimmung verletzen. Dem Grundrechtsträger steht hiernach die Befugnis zu, grundsätzlich selbst über Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen (vgl. Entscheidung des BVerfG vom 15.12.1983, Az.: 1 BvR 209/83, BverfGE 65,1) Wegen der geringen Antragszahlen und der Bekanntheit der ehemaligen Mitglieder des DDR-Ministerrates wären durch weitere Angaben unmittelbar ein Rückschluss auf eine be-

stimmte Person möglich. Für die politische Kontrolle zur Anwendung des § 21 Abs. 3 BminG ist die Kenntnis von individuellen, personenbezogenen Verwaltungsvorgängen nicht erforderlich.“

Was sagt uns das nun? Zumindest, daß die Behörden ihre Prüfungspflicht ernst nehmen. Die Versorgung der Minister läuft nach einem Antrag nicht automatisch an. Über alles andere läßt sich nur spekulieren. Wessen Anträge weshalb abgelehnt wurden, wissen wir nicht. Aber es bleibt die Hoffnung, daß Wünsche und Co. schließlich doch nicht für ihre Untaten vom Staat belohnt werden. (Die Stellungnahme Wolfgang Wielands zu diesem Thema können Sie nachlesen unter: <http://www.abgeordnetenwatch.de/frage-575-38046--f239157.html#q239157>)

Florian Kresse,
Jurist, UOKG e.V.

Die Vorhaben der Regierung

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP – 17. Legislaturperiode

Aus Abschnitt I.6., Seite 58:

Freiheits- und Einheitsdenkmal

Zur Erinnerung an den 17. Juni und den Herbst 1989 werden wir auf der Berliner Schloßfreiheit ein Nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal errichten und die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig unterstützen.

Opferrente für erlittenes SED-Unrecht

Mit dem Ende der DDR hat sich das vereinte Deutschland der Aufgabe gestellt, das von SED und Staatsicherheit begangene Unrecht auszugleichen. Wir werden das System der Rehabilitierung und Entschädigung laufend überprüfen und offenbarem Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern, Rechnung tragen.

Aus Abschnitt III.10., Geschichte und Kultur, Seite 95:

Auch zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und dem Fall von Mauer und Stacheldraht ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine gesellschaftspolitische Herausforderung von weithin großer Bedeutung.

Um der Verklärung der SED-Diktatur entgegenzuwirken, wird die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur geschichtlichen Aufarbeitung verstärken. Die Bun-

desregierung wird im Laufe des Jahres 2010 dazu konkrete Vorschläge unterbreiten. Dazu sollen zählen:

- die Einrichtung eines Arbeitsschwerpunkts „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung,
- die Prüfung der Errichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Schaffung eines koordinierenden Zeitzeugenbüros unter Beteiligung der durch den Bund getragenen oder finanzierten Institutionen.
- die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als „Extremismusbekämpfungsprogramme“ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die die Entwicklung der Aufgaben, die der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) gesetzlich zugewiesen sind, analysiert und Vorschläge macht, ob und in welcher Form diese mittel- und langfristig zu erfüllen sind.

Die Aufarbeitung des NS-Terrors und der

SED-Diktatur wird wie im Gedenkstättenkonzept des Bundes vorgesehen fortgesetzt und verstärkt.

Die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 Bundesvertriebenengesetz wird fortgesetzt. Die Dokumentationsstätte „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben eingerichtet.

Wir werden die Einrichtung eines sudetendeutschen Museums in München unterstützen.

Aus Abschnitt IV.1., Bekämpfung des politischen Extremismus, Seite 100:

Die Aufgabenfelder des Fonds für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden.

Aus Abschnitt IV.4., Seite 109:

Enteignungen in der SBZ (1945-49)

Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden, die im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 prüfen soll, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten. ■

„Das Erlebte bleibt unauslöschlich“

Kongreß der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG zur Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden am 24. Oktober 2009 im Berliner Rathaus

(st) „Wunderbar, daß Sie in diesem Hause sind, gerade in diesen Zeiten!“, begrüßte Dr. Richard Meng als Vertreter des Berliner Senats die Kongreßteilnehmer. Nobelpreisträgerin Herta Müller hatte ein Grußwort geschickt, das Tatjana Sterneberg und Carl-Wolfgang Holzapfel überbrachten. UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner betonte, die Verleihung des Preises an Herta Müller sei auch eine weltweite Würdigung der Opfer des Kommunismus.

Den Auftakt der thematischen Beiträge bildete Rechtsanwältin Dr. Ulrike Guckes mit einer vergleichenden Betrachtung von Bundesversorgungsgesetz (BVG) und Bundesentschädigungsgesetz (BEG). Daß die Behandlung nach beiden Gesetzen höchst unterschiedlich ausfällt, hat sich seit langem herumgesprochen, die Gründe dafür lagen bisher aber für die meisten im dunkeln. In gut verständlichen Worten erklärte Ulrike Guckes die Verschiedenheit der Gesetze hinsichtlich ihres Zweckes. Während das BVG, das auch auf SED-Opfer Anwendung findet, die Abmilderung des Ist-Zustandes anstrebt, also Fürsorgefunktion erfüllt, zielt das BEG, Versorgungsgrundlage für NS-Opfer, auf die Herstellung des vorherigen Zustandes, also auf Entschädigung. Aus diesen grundsätzlich verschiedenen Ansätzen ergeben sich alle weiteren Unterschiede, die sowohl in den Anspruchsvoraussetzungen als auch in der Höhe des Ausgleichs anerkannter Schäden bestehen. Mit einem kurzen Überblick

über die historische Entwicklung beider Gesetze zeigte Guckes, daß auch das BEG zunächst unzumutbar hohe Hürden für die Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden errichtete. Erst 20 Jahre nach Ende des Krieges sei z.B. die sogenannte KZ-Vermutung eingeführt worden, d.h. eine 25-prozentige Schadensvermutung bei allen, die mindestens ein Jahr im KZ inhaftiert waren. Später kamen weitere Zusatzvorschriften hinzu. Daß SED-Opfer nicht bessergestellt werden dürften als NS-Opfer – was häufig zu hören war in der parlamentarischen Debatte um die Opferrente –, sei als politisches Argument weithergeholt, resümierte die Referentin. Bis zur Gleichstellung beider Gruppen wäre es noch ein langer Weg.

Die juristische Praxis bei der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden war das Thema der beiden Rechtsanwälte Thomas Illhardt und Brigitte Kögler. Illhardt wies zunächst auf den Widerspruch hin, daß das soziale Entschädigungsrecht Bundesrecht sei, während die Durchführung in der Hand der Länder liege. In den 90er Jahren habe das zuständige Bundesministerium (BMA) ca. acht Rundschreiben verschickt, die auf Mängel in der Umsetzung hinwiesen und Vorschläge zur Verbesserung unterbreiteten, u.a. zentrale Begutachtung und Einsatz besonders erfahrener, geschulter Gutachter. Zu den häufigsten Praxisproblemen zählten der lange Zeitraum zwischen Ereignis und Antrag, fehlende Dokumentation und ungenügende Kenntnisse über posttraumatische Belastungsstörungen. Entscheidend sei die Auswahl des medizinischen Sachverständigen. Von den Betroffenen selbst ausgesuchte Gutachter müßten zunächst auch selbst bezahlt werden. Dafür gebe es keine Prozeßkostenhilfe, eine Rechtsschutzversicherung übernehme allerdings den Betrag. Brigitte Kögler fügte der Problematik des Gutachtens noch die Frage der vor- bzw. nachgelagerten Verfolgungsgeschichte hinzu, die oft existiere, aber von den Betroffenen häufig nicht angesprochen werde. Dann schilderte sie einen Fall ihrer beruflichen Praxis, in dem der Kläger vor dem Bundesverwaltungsgericht erfolgreich war. Dabei ging es um die Anerkennung einer

rigiden beruflichen Rückstufung aus politischen Gründen (Az BVerwG 3 C 3604, 19.05.2005).

Nachdem Jorge Vazquez eine Resolution zur Unterstützung kubanischer politischer Gefangener vorgestellt hatte, die von den Kongreßteilnehmern angenommen wurde, referierte Frank Stelter, Dezernent für soziales Entschädigungsrecht, über die Tätigkeit des Brandenburger Landesamtes für Soziales und Versorgung. Im Anschluß an seine recht nichtssagende, weil rein theoretische Darlegung der Aufgaben des Amtes gab er immerhin zu, ihm sei bewußt, „daß manche Verwaltungsabläufe effektiver im Sinne der Betroffenen ablaufen könnten.“ Als er dann aber mehrfach behauptete, die Bearbeiter im Land Brandenburg seien geschult und geeignet, schlug ihm das aus praktischen Erfahrungen gespeiste, bittere Lachen des Publikums entgegen. Allerdings wies er an mehreren Punkten überzeugend nach, daß die Durchführung in den Ländern generell immer wieder an die Grenzen der bestehenden Gesetze stößt.

Jörg Volland und Werner Oswald vom Sozialministerium Thüringen, konnten ihr Bundesland als positives Gegenbeispiel präsentieren. Thüringen gilt als Vorreiter bei der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Auch wenn die beiden Beamten ebenfalls die engen rechtlichen Grenzen für vieles verantwortlich machen mußten und eine nachhaltige Verbesserung nur durch weitere politische Schritte für erreichbar hielten, stellten sie doch eine Reihe von Maßnahmen vor, die der Freistaat in eigener Verantwortung ergriffen hat. Vor allem bei psychischen Schäden setze man ausschließlich sehr erfahrene Gutachter ein, auch die Versorgungsärzte würden entsprechend geschult. Alle Verfahren bis zum Jahr 2003 seien in einem Dreistufen-Verfahren erneut geprüft worden, durch Rotation zwischen den drei Thüringer Versorgungsämtern, anschließende Überprüfung durch das Landesamt, dann Einzelfallprüfung der obersten Behörde. Als besonders erfolgreich habe sich erwiesen, daß an den Beratungen Vertreter der Stasiunterlagen-Behörde und der Opferverbände als



Inge Naumann aus dem Publikum kritisiert heutige Benachteiligungen ehemals politisch inhaftierter Frauen.

Externe beteiligt wurden. Aus den statistischen Werten, die Volland und Oswald vortrugen, ergab sich für Thüringen eine durchschnittliche Anerkennungsquote von etwa 33 Prozent. Dieses Ergebnis honorierte das Publikum in einer emotionalen Diskussion mit dem dringenden Wunsch, man möge doch in den anderen Bundesländern die Verfahrensweise Thüringens übernehmen.

Wissenschaftliche Grundlagen der „Extrembelastungsfolgen bei Opfern politischer Gewalt“ erläuterte Prof. Dr. Dr. Andreas Maercker vom psychologischen Institut der Universität Zürich, selbst ehemaliger politischer DDR-Häftling. Er begann mit Faktoren, von denen die Folgen erlittenen Unrechts abhängen: Häufigkeit der Traumatisierungen, zufällig oder intendiert erlittenes Trauma, Dauer der oppositionellen Situation, Verhältnis von physischer und psychischer Folter, Überraschungssituation der Verhaftung, Todesangst in der Haft, physische bzw. psychische Gewaltandrohungen, Isolation, Dauer der Haft, Kontakte zu Angehörigen, Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem „falschen juristischen Spiel“, nach der Haft Schweigegebot, Diffamierung und Ächtung. Dies alles hätte nicht nur Beschädigungen zur Folge, sondern psychische Veränderungen der Gefühle, Gedanken und Motivationen. Nichts mehr sei so, wie es war. Eine umfassende wissenschaftliche Studie habe ergeben, welche Umstände am stärksten zu einer Ausbildung posttraumatischer Belastungsstörungen beitragen: neben Lebensstreß nach dem Trauma, geringer Intelligenz, geringem Sozialstatus, frühen traumatischen Erlebnissen usw. vor allem fehlende zwischenmenschliche Unterstützung und fehlende gesellschaftliche Anerkennung. Maercker ging dann auf einen Aspekt ein, der im Zusammenhang mit posttraumatischen Belastungsstörungen eher selten genannt wird, auf die „Reifung“, das persönliche Wachstum. Betroffene hatten als Folgen des erlittenen Unrechts auch genannt: höhere Wertschätzung des Lebens, Zuwachs an Menschenkenntnis, Zuwachs an Selbstvertrauen, Erkenntnis neuer individueller Möglichkeiten und spirituelle Veränderungen. Dabei betonte Maercker, diese Reifung trete nicht an Stelle der Belastungsstörung, sondern gleichzeitig mit ihr auf. Sein Fazit lautete: Letztlich bleibt das Erlebte unauslöschlich, und der Grad zwischenmenschlicher Unterstützung sowie gesellschaftlicher Anerkennung bestimmt das Ausmaß des späteren Leidens.

Ein Podiumsgespräch zwischen Dr. Ruth Ebbinghaus, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, Dr. Karl-Heinz Bombberg, Facharzt für Psychotherapie, und Stefan Trobisch-Lütge, Psychologe in der Beratungsstelle „Gegenwind“, moderiert von Rainer Wagner, offenbarte am späten Nachmittag das ganze Ausmaß unhaltbarer Zustände bei der Begutachtung vor allem posttraumatischer Belastungsstörungen. Ruth Ebbinghaus, inzwischen bundesweit bekannt für ihre wegweisende Gutachtertätigkeit und ihr großes Engagement für eine adäquate Begutachtung durch die Ämter, zählte allein aus den letzten zwei Jahren Beispiele auf wie aus dem Horrorkabinett: Begutachtung in einer forensischen Abteilung, Begutachtung in der Tonlage eines Vernehmers, Tonbandmitschnitt während der Begutachtung, Attestierung paranoider Schizophrenie nach der Schilderung von Verhältnissen in der DDR, weil der Gutachter nicht glaubte, daß es so etwas gegeben habe usw. Auch Karl-Heinz Bombberg, der in den Tagungspausen eigene Lieder zur Gitarre vorgetragen hatte, stellte fest, daß viele Betroffene auf dem versorgungsrechtlichen Weg therapeutische Begleitung brauchen, um ihn überhaupt zu überstehen. Und er wußte, wovon er sprach, denn auch er war politischer Häftling in der DDR. Die Erfahrungen seien mehrheitlich negativ, und es stelle sich immer wieder die Frage, woher die einzelnen Gutachter eigentlich kämen. Stefan Trobisch-Lütge bemängelte die unkritische Übernahme von DDR-Beurteilungen, z.B. lange Zitat aus Haftbeurteilungen ohne Kommentar, willkürliche Auslegung des „Kausalitäts“-Kriteriums und auf völliger Unkenntnis basierende Einschätzungen des Verhaltens Betroffener bei der Begutachtung. Geändert werden müsse, waren sich die Gesprächspartner einig, Qualität und Tempo der Gutachterverfahren sowie die Transparenz bei der Begutachtung. Darüber hinaus bestehe die Notwendigkeit, nicht-strafrechtliche Repression anzuerkennen, zentrale Begutachtungsstellen einzurichten und vor allem in einem 4. UBG die Beweislastumkehr einzuführen. Hier sei der Gesetzgeber gefordert.

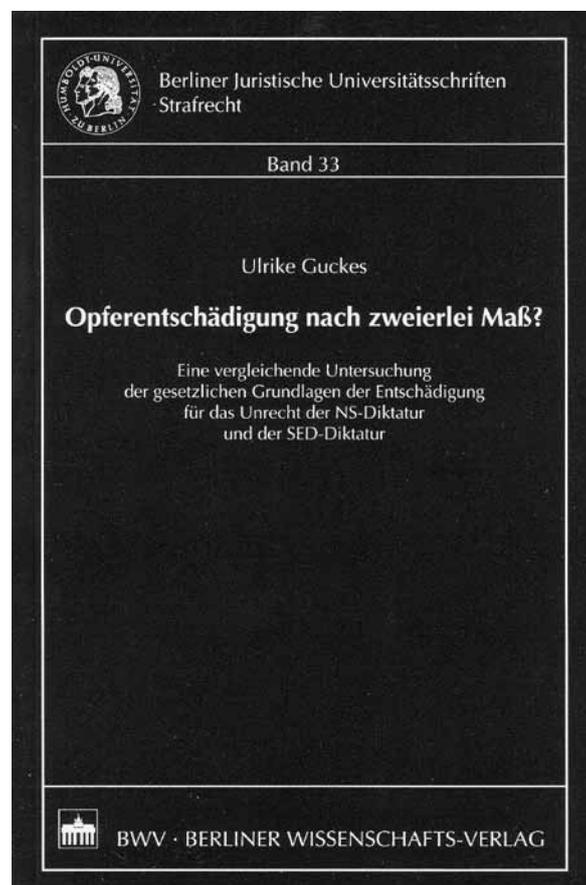
Nach einem sehr einfühlsamen Vortrag Julia Stephans, Mitarbeiterin eines Hilfsprojekts für Menschen mit Spätfolgen seelischer Traumatisierungen in NRW, über Echtheit, Akzeptanz und Empathie als Grundeinstellungen beim Umgang mit Betroffenen, traf endlich die „politische Ebene“ in Person der Bun-



Haben das Elend der Begutachtung erkannt: (v.l.) Karl-Heinz Bombberg, Rainer Wagner, Ruth Ebbinghaus, Stefan Trobisch-Lütge.

destagsabgeordneten Andrea Voßhoff (CDU) ein, abgehetzt, aber guter Dinge und mit dem druckfrischen Koalitionsvertrag in der Hand. Bereits seit 20 Jahren werde die Verbesserung der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden gefordert, und nun ginge es um die praktische Umsetzung. Sie sei überzeugt, daß in dieser Legislaturperiode einiges bewegt werden könne und empfahl den Opferverbänden, einen konkreten Handlungsauftrag zu erstellen, um Defizite auszugleichen.

(Die UOKG hat geplant, aus den Kongreßbeiträgen einen Tagungsband zu erarbeiten.)



„Opferentschädigung nach zweierlei Maß?“ v. Ulrike Guckes, Berliner Wissenschafts-Verlag 2008, 204 S., 39,00 €.

Ein alter Menschheitstraum

Internationale Strafgerichtsbarkeit gestern, heute, morgen –
Von Leipzig über Nürnberg nach Den Haag

Von Peter Wilkitzki

Teil I

In jedem Jahr wird am 10. Dezember der Tag der Menschenrechte begangen, denn am 10.12.1948 nahmen die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte an. Die DDR verstieß permanent gegen diese Grundsätze, und das brachte sie 1989 schließlich zu Fall. Doch es sollten noch weitere neun Jahre vergehen, bis ein großer Teil der Völkergemeinschaft erstmals in der Geschichte der Menschheit einen Gerichtshof auf internationaler Ebene schuf, der über individuelle strafrechtliche Schuld befinden kann. Die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) setzte der Straflosigkeit von Gewaltherrschern, die sich schwerster humanitärer Verbrechen schuldig machen, ein Ende.

Die „Nürnberger Prozesse“ sind eine wichtige Episode, aber nicht der erste Meilenstein auf dem Weg zu diesem Weltgericht. Schon lange „vor Nürnberg“ war die Geschichte der Verwirklichung dieses Menschheitstraums mit unserem Lande eng verbunden. [...] Als erstes Datum ist das Jahr 1474 zu nennen, als Peter von Hagenbach von 27 Richtern des Heiligen Römischen Reiches wegen „Verletzung göttlichen und weltlichen Rechts“ verurteilt wurde, da er Tötungen, Vergewaltigungen und Plünderungen an Zivilpersonen durch seine Truppen zugelassen hatte – erinnert dieser Vorwurf nicht an sehr aktuelle Vorkommnisse? 400 Jahre später legte der damalige Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Gustave Moynier, unter dem Eindruck der Grausamkeiten des deutsch-französischen Krieges 1870/71 einen ersten Entwurf für die Errichtung eines IStGH vor. Seine Idee wurde von nun an von Wissenschaftlern in mehreren europäischen Staaten engagiert weiterverfolgt, geriet aber in der Welt der Politik bald in Vergessenheit. [...]

Nach dem I. Weltkrieg wurde in den Versailler Vertrag eine Klausel aufgenommen, wonach Kaiser Wilhelm II. und deutsche Militärbefehlshaber wegen Kriegsverbrechen zu strafrechtlicher Verantwortung zu ziehen seien. Der Kaiser jedoch ging ins holländische Asyl, und die Reichsre-

gierung zog es vor, deutsche Kriegsverbrecher statt ihrer Überstellung an die Alliierten einer Aburteilung durch das Reichsgericht in Leipzig zuzuführen. Statt jedoch, wie ursprünglich geplant, 21 000 Beschuldigte abzuurteilen, verurteilte das höchste deutsche Gericht letztlich nur 21 Offiziere und demonstrierte damit, was es von einer strafrechtlichen Aufarbeitung des Krieges hielt. Gleichwohl bedeuteten die Leipziger Prozesse einen weiteren Meilenstein in der Geschichte der internationalen Strafgerichtsbarkeit; denn das Reichsgericht erließ zumindest eine „revolutionäre“ Entscheidung: Es verurteilte im „Llandovery Castle-Fall“ zwei deutsche U-Boot-Offiziere zu vier Jahren Gefängnis, weil sie ein britisches Hospitalschiff versenkt, auf die in Rettungsboote geflüchteten Überlebenden das Feuer eröffnet und dadurch mehr als 100 Menschen getötet hatten. Dabei wandte es den allgemeinen Tatbestand des Totschlags auf eine kriegerische Handlung an und zog bei der Prüfung des Rechtfertigungsgrundes „Befehlsnotstand“ die Gebräuche des Krieges heran. Dies stand in eklatantem Widerspruch zu der damals international herrschenden Doktrin, welche die Existenz gewohnheitsrechtlichen Völkerstrafrechts negierte. Im übrigen aber ließ sich das Reichsgericht vom Konzept der „militärischen Notwendigkeit“ leiten und machte deutlich, daß es in Übereinstimmung mit der in Politik und öffentlicher Meinung vorherrschenden Grundstimmung die Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag für eine ungerichte und beleidigende Verletzung der Würde des besiegten Deutschland hielt.

Ein Vierteljahrhundert später beherrschten ähnliche Emotionen die Diskussion über die „Nürnberger Prozesse“, d.h. die Verhandlungen des Internatio-

nen Militärtribunals in Nürnberg, das 1945 von den Siegermächten des II. Weltkrieges errichtet worden war, um NS-Kriegsverbrecher abzuurteilen (ihm folgte 1946 die Errichtung des Tokioter Gerichtshofs für den Fernen Osten). Obwohl kein ernstzunehmender Politiker oder Historiker die Greuelthaten des NS-Regimes in Deutschland und den besetzten Gebieten leugnen konnte und wollte, war die politische Haltung gegenüber den Gerichtshöfen der Alliierten insbesondere unter den Bedingungen des Kalten Krieges erneut von starker Zurückhaltung geprägt. In Deutschland, aber auch in Teilen der westlichen Welt hielt man sie für mit dem Makel der „Siegerjustiz“ behaftet. Zwar hatte der US-Chefankläger Robert Jackson in seinem Eröffnungsplädoyer den bemerkenswerten Satz ausgesprochen: „Lassen Sie mich deutlich sagen: Dieses neue Recht wird zwar gegen die deutschen Aggressoren angewandt; wenn es jedoch seinen Zweck erfüllen soll, muß es auch Aggressionsakte jeder anderen Nation erfassen, selbst wenn sie von Nationen begangen werden, die hier zu Gericht sitzen.“ Aber zur historischen Wahrheit gehört auch, daß insbesondere die sowjetischen Ankläger und Richter in Nürnberg sich energisch jedem Versuch widersetzen, auch Kriegsverbrechen einzubeziehen, die von den Alliierten begangen wurden. Die Bitterkeit hierüber paarte sich im besiegten Deutschland erneut mit Gefühlen verletzter nationaler Würde.

Die Bundesregierung vermied es zwar, sich diese emotionalen Argumente zu eigen zu machen, teilte aber die ablehnende Grundstimmung und widersetzte sich hartnäckig einer Anerkennung der Legitimität der Nürnberger Urteile. Dabei stützte sie sich auf – nicht nur vorgeschobene – formaljuristische Argumente wie das Verbot von Todesstrafe und Sondergerichten sowie insbesondere auf das Prinzip *nulla poena sine lege*, d.h. das Verbot der rückwirkenden Anwendung von Straftatbeständen, die zur Zeit der Begehung der Tat nicht anerkannt waren, ein Prinzip, das die restriktive deutsche Strafrechtslehre ausnahmslos auch auf völkergewohnheitsrechtliche

Da lacht der Klassenfeind

„Nach ihrer Schulentlassung nahm sie die Lehre bei der Firma „Seelenfreund“ in Magdeburg auf und schloß diesen Beruf mit gutem Erfolg ab.“

VII/821/85

Tatbestände anwandte. Selbst das epochale Lebenswerk unseres Großmeisters des internationalen Strafrechts, Hans-Heinrich Jescheck, vermochte sich lange nicht aus den Zwängen der deutschen Strafrechtsdogmatik zu befreien. Die Haltung der Bundesregierung kulminierte in dem von der Bundesrepublik Deutschland zu Art. 7 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention eingelegten „Nürnberg-Vorbehalt“, der trotz harscher internationaler Kritik erst 2001 förmlich zurückgezogen wurde. Die Haltung des anderen deutschen Staates zu den Nürnberger Prinzipien bedarf hier keiner Vertiefung; die Doppelzüngigkeit und der Opportunismus der DDR-Politik gegenüber dem NS-Unrecht und seiner rechtlichen Aufarbeitung sowie gegenüber internationalen menschenrechtlichen Garantien sind bekannt.

Bei den 1945 gegründeten Vereinten Nationen (VN) kamen die Bemühungen um die Schaffung einer weltweit anerkannten internationalen Strafgerichtsbarkeit trotz (oder gerade wegen) der Vorbehalte gegen „Nürnberg“ bald auf die Tagesordnung. Endlich sollte dem Vermächtnis des Völkerbunds zum Durchbruch verholfen werden, der sich zwischen den Weltkriegen (1934 bis 1937) mit viel gutem Willen, aber wegen der globalen politischen Lage ohne Erfolg des Themas angenommen hatte. Bereits 1947 nahmen die VN das Völkermord-Übereinkommen an, in dem der Völkermord ausdrücklich als „internationales Verbrechen“ bezeichnet wurde, und forderten in der begleitenden Entschließung ihrer Rechtskommission (ILC) auf, „die Errichtung eines internationalen Justizorgans für die Aburteilung von Personen zu prüfen, denen Völkermord zur Last liegt“. Diesem Mandat folgend, erarbeitete die ILC zwischen 1949 und 1954 mehrere Entwürfe des Statuts eines IStGH, die aber angesichts der politischen Großwetterlage des Kalten Krieges, gekennzeichnet durch fundamentale Meinungsunterschiede zwischen den Supermächten zu fast allen internationalen Fragen, wiederum sämtlich in den Schubladen verschwanden. Die Zeit war noch nicht reif für die Errichtung eines IStGH.

35 Jahre gingen ins Land, bis sich das Bild dramatisch veränderte. Die turbulenten Entwicklungen der Jahre nach 1989 brachten frischen Wind in die internationale politische Landschaft und ebneten auch den Weg für eine Verwirklichung des alten Traums von einer internationalen Strafgerichtsbarkeit. Das Sowjetimper-

ium war zerbrochen, die Teilung der Welt in zwei feindliche Blöcke und die Polarisierung des Kalten Krieges gehörten der Vergangenheit an. Zugleich verhalfen die Bürgerkriege und ethnischen Konflikte im früheren Jugoslawien und in Ruanda in der Weltgemeinschaft der Überzeugung zum Durchbruch, die für die „ethnischen Säuberungen“ verantwortlichen Personen müßten vor Gericht gestellt werden. Der Sicherheitsrat der VN beschloß 1993/94 die Errichtung der Internationalen adhoc-Straftribunale für das frühere Jugoslawien und Ruanda. Er stützte sich dabei auf Kapitel VII der VN-Charta, das vorher nur für militärische Maßnahmen wie die Entsendung von Friedenstruppen in Krisenregionen genutzt worden war, nie jedoch für die Errichtung eines Gerichtshofes.

Dieser innovative Akt war notwendig und legitim. Er führte zur schnellen und effizienten Errichtung von Gerichtshöfen mit rückwirkender Zuständigkeit, die ihre Arbeit auf der soliden Basis der politischen Macht und Autorität des VN-Sicherheitsrates verrichten konnten. Aber die Mehrheit von Politikern und Wissenschaftlern war überzeugt, daß die adhoc-Gerichtshöfe kein Ersatz für die Errichtung eines permanenten IStGH sein konnten, welcher der Welt nicht durch den SR (d. h. durch die Supermächte) aufgezwungen würde, sondern seine Legitimität aus der freiwilligen Zustimmung der Mitgliedstaaten bezöge. Hier liegt der wichtigste Vorzug eines auf einen Vertrag gestützten Gerichts: Für seine Mitgliedsstaaten ist er keine „fremde“ oder gar „feindliche“ Instanz, sondern ihre eigene Schöpfung, in der Tat „ihr“ Gericht – für Deutschland: „unser“ Gericht. Konsequenterweise nahmen die VN nun auch die Bemühungen wieder auf, einen weltweiten IStGH zu schaffen. Bereits 1989 beauftragte die Generalversammlung der VN die ILC mit der Fortsetzung der Arbeit an dem 1954 auf Eis gelegten Vorhaben, und bis 1998 erstellte ein neu geschaffener Ausschuß („PrepCom“) auf der Basis eines von der ILC und einem Unterausschuss erarbeiteten Statutenentwurfs einen konsolidierten Text.

Er bildete die Arbeitsgrundlage einer im Sommer 1998 in Rom tagenden diplomatischen Konferenz, an der Bevollmächtigte von 160 Staaten und einer Vielzahl von Organisationen teilnahmen. Sie arbeitete hart, unermüdlich und auf fast allen Seiten mit einem Maximum an gutem Willen. Mehr als einmal schien sie vor dem Scheitern zu stehen, aber nach dra-



Peter von Hagenbach vor Gericht. Aus der Berner Chronik des Diebold Schilling des Älteren.

matischem Ringen der Diplomaten und Juristen um möglichst allseits akzeptable Lösungen stieg am 17. Juli 1998 weißer Rauch auf: Die Konferenz nahm mit 120 gegen 7 Stimmen bei 21 Enthaltungen das „Römische Statut“ eines IStGH an. Ein wahrlich historisches Datum – das erste ständige, auf einen Vertrag gegründete internationale Gericht, das Individuen für schwerste Verletzungen des humanitären Völkerrechts zur Verantwortung ziehen sollte, war geschaffen.

Dies war ein ungeheurer Erfolg, auch wenn im Interesse der Akzeptanz durch möglichst viele Staaten der Welt einige mißliche Kompromisse hatten hingenommen werden müssen, etwa, um nur ein besonders schmerzliches Beispiel zu nennen, bei den Mechanismen, welche die Befassung des Gerichts mit einer „Situation“ auslösen können (ich werde im einzelnen darauf zurückkommen). Aber wer diese Kompromisse kritisiert, sollte fair genug sein, das „Endprodukt“ nicht an der Elle einer theoretischen Ideallösung zu messen, sondern mit der einzigen Alternative zu vergleichen, die seinerzeit realistisch war, nämlich der Null-Lösung, dem Verzicht auf ein Statut auf unbestimmte Zeit. Wer mag glauben, daß das Statut heute, selbst in einer erheblich schwächeren Fassung, Aussicht auf Annahme hätte?

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Strahlen für den Klassenkampf

Wie das MfS auf der Jagd nach DDR-Flüchtlingen radioaktives Material einsetzte

Von Reinhard Dobrinski

Jedes Todesopfer an der Berliner Mauer und der deutsch-deutschen Grenze stand dem Streben der DDR nach internationaler Anerkennung entgegen. Denn jede Flucht und jeder gescheiterte Fluchtversuch waren Beweis für das ungebrochene Freiheitsstreben in der DDR. Für Erich Mielke und den Leiter der MfS-Hauptabteilung VI, Generalmajor Heinz Fiedler, hingegen bedeutete jede gelungene Flucht eine persönliche Niederlage. Deshalb wurde in der Normannenstraße über wirksame konspirative Methoden der Kontrolle des innerdeutschen Personenverkehrs zur Vermeidung von Personenschleusungen gebrütet. Das massenhafte Ansteigen des Transitverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin sowie des Besuchsverkehr in die DDR verlangte nach neuen Lösungen, die Mielke beim Chef des Operativ-Technischen Sektors (OTS), Generalmajor Günter Schmidt, in guten Händen mußte.

Die Methoden, die zu Beginn der 70er Jahre vom MfS angeworbene Absolventen der Technischen Universität Dresden und der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg in den OTS-Abteilungen in Betracht zogen, wurden favorisiert; sie waren lautlos, unsichtbar, geruchlos, d.h. für die menschlichen Sinne nicht wahrnehmbar. Große Erwartungen wurden 1972 zunächst in die Gewichtsmessung verdächtiger Fahrzeuge mit Infrarotstrahlen gesetzt (MfS-OTS 1741, BStU, Pag. 10 ff.). Eine Praxisüberführung dieser Methode ist im gegenwärtig in der Behörde für die Stasi-Unterlagen (BStU) nur verhältnismäßig gering erschlossenen OTS-Aktenbestand nicht

belegt. Ein verheißungsvollerer Ansatz bot sich den OTS-Kadern offenbar in der Nutzung von Strahlenquellen. Röntgenstrahlen - hier verfügte man bereits über Erfahrungen in der Kontrolle des grenzüberschreitenden Paketverkehrs -, nuklide Strahlenquellen und Neutronenstrahlen kamen in Betracht. Die Idee der Anwendung von Neutronenstrahlen ruhte allerdings über ein Jahrzehnt und wurde erst mit den Forschungsthemen für den Fünfjahrplan 1986-1990 wiederbelebt. Die Übersetzung einer wissenschaftliche Arbeit aus der Sowjetunion hatte offenbar zu neuen Überlegungen Anlaß gegeben.

Für den Spezialisten für Gerätebau, Oberst Karl Bauch, und ehrgeizige Kernphysiker wie die Majore Dr. Franz Leuteritz, Heinz Würzberger und Hauptmann Frank Thielemann erwiesen sich die harten Röntgen(Gamma)-Strahlen des Radionuklids Cäsium/Cs-137 als besonders geeignet. Seine Halbwertszeit von 30 Jahren machte zudem das häufige Wechseln der Strahlenquellen an den Grenzübergangsstellen/Paßkontroll-einheiten (GÜSt/PKE) unnötig, was den Verantwortlichen des OTS entgegenkam. Ein Nachteil war allerdings hinzunehmen: Wie bei allen Strahlenquellen war höchste Vorsicht geboten; nachlässige Handhabung bedeutete für Menschen - einschließlich der MfS-Bedien- und Kontrollkräfte an den Paßkontroll-einheiten (PKE) - und Umwelt eine Gefährdung durch überhöhte Strahlendosis. Die Ordnung Nr. 11/83 vom 22.8.1983 (VVS MfS o0008-64/83, BStU-Pag. 3-56) über Organisation und Durchführung des Schutzes vor der schädigenden Einwirkung ionisierender Strahlung - Strahlenschutzordnung des MfS (SSO MfS) - zeigt, daß man sehr wohl um diese Gefahren wußte. Die maximal zulässigen Dosiswerte (MZD) der individuellen Strahlenbelastung waren durch die atomrechtlichen Bestimmungen der DDR vorgegeben und damit für jedermann zwingend. (Die Anwendung von nukliden Markierungsmitteln, Deckbezeichnung „Wolke“, zur Überwachung staatsfeindlicher Elemente zeigt jedoch, daß sich die Verantwortlichen des MfS darüber hinwegsetzten, wenn zur Beweisführung wiederholte Markierungen von Sachen oder Personen erforderlich waren, und

eine längere Einwirkung des Nuklids in Kauf nahmen. Diese perfide Form der Anwendung nuklider Strahlenquellen, die den Auftraggebern 1988 Anlaß zu weitergehenden Forderungen gegenüber dem OTS war, kann hier nur erwähnt werden.) Außerdem war natürlich die gesetzliche Forderung der medizinischen Überwachung der sogenannten Strahlenwerkstätten - dieser so ganz und gar nicht militärische Begriff fand sogar in den MfS-Ordnungen Verwendung - in dem Regelwerk verankert worden. Aber hier schieden sich die Geister, wie noch dazustellen sein wird.

Ein einzigartiges Problem lauerte in der Sicherstellung absoluter Konspiration nach innen und außen. Dies erforderte von den eingeweihten MfS-Generalen und -Offizieren die Bereitschaft zum kollektiven Bruch der einschlägigen DDR-Gesetze über Atomsicherheit und Strahlenschutz und das Unterlaufen der Strahlenschutzordnung des MfS (SSO MfS). Allerdings durften sie davon ausgehen, daß ihnen zu keiner Zeit disziplinarische oder gar strafrechtliche Konsequenzen drohen würden, denn jeder gefaßte „Menschenhändler“ oder Flüchtling wog alles auf. Beförderungen, Orden und Prämien waren unmißverständlich. Über die Gebote der Konspiration waren selbst zivile Funktionsträger solcher Einrichtungen wie die höchste DDR-Aufsichtsbehörde, das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS), und die Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, voran der Institutsdirektor Prof. Günter Flach, ins Boot zu holen. Was offensichtlich nie Probleme bereitet hat.

.....
 OTS – Der Operativ-Technische Sektor war die Entwicklungsabteilung des MfS. Hier wurden neben operativ-technischen Geräten auch Mittel zur chemischen und fototechnischen Nachrichtenübertragung sowie Markierungsverfahren für Personen und Papiere entwickelt.

Cs-137 – Cäsium-137 ist ein radioaktives Isotop des Elementes Cäsium. Es wirkt toxisch und kann die Strahlenkrankheit verursachen. Durch belastete Böden gelangt das Isotop über Pflanzen und Wildtiere auch in die menschliche Nahrungskette. Das Reaktorunglück von Tschernobyl kontaminierte weite Teile Europas mit Cäsium-137.

SAAS-Präsident Prof. Dr.med.Dr.hc. Sitzlack, durch einen nichtssagenden Beschluß des Ministerrats der DDR vom 11. Oktober 1984 ermächtigt, schloß nach Inkrafttreten der Verordnung vom 11. Oktober 1984 über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz (VOAS, GBl. I Nr. 30, S. 341) mit Erich Mielke am 1. Februar 1985 eine Vereinbarung (VVS B 121- 4/85), die diesem die Alleinherrschaft bei der Durchsetzung o.g. Verordnung sicherte. Daß die Vernichtung dieser Vereinbarung in den noch SED/PDS-kontrollierten Zeiten un-

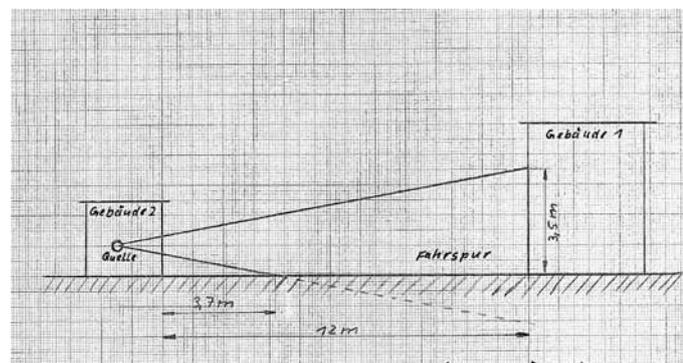
terblieb, ist wohl einem Versehen der VS-Hauptstelle (VS: Verschlussache) des SAAS zuzuschreiben. Doch es zählt allein, daß die Vereinbarung existiert. Sie ist ein wichtiges Dokument, wenn es um den Nachweis geht, daß das MfS sich weder an die DDR-Gesetzlichkeit noch an die eigene Ordnung gebunden fühlte. Durch die Vereinbarung mit dem SAAS erlegte sich Mielke die Pflicht auf, das Erteilen der Erlaubnis zur Anwendung der Atomenergie dem Leiter des Zentralen Medizinischen Dienstes (ZMD) zu übertragen und neben einem Hauptkontrollbeauftragten einen leitenden Strahlenschutzarzt zur strahlenschutzmedizinischen Kontrolle einzusetzen. Berufen wurde Dr. Horst Driese, Facharzt für Radiologie. Nach außen schien alles im Sinne der VOAS geregelt, aber nach innen galten die Zielsetzungen der Konspiration. Eine 1979 „herausgefundene“ besondere Bedrohungslage für die Genossen der HA VI/PKE durch Massenvernichtungswaffen des Gegners war Vorwand, um den Einsatz von Anlagen mittels Cs-137-Strahlenquellen zur Fahrzeugdurchleuchtung vor dem leitenden Strahlenschutzarzt durch vorsätzliche Täuschung zu verbergen. Diese „Bedrohung“ der MfS-Mitarbeiter wurde durch sogenannte Radiologische Ausbildungssätze (RABS 75) und umschlossene Cs-137-Strahlenquellen in den PKE simuliert. Damit war die Notwendigkeit der Ausgabe und Kontrolle von Dosimetern, die Träger avancierten zu „Dosimetristen“, durch den ZMD erwirkt. Diese Gefährdungslage galt allerdings nicht für die im Bereich der PKE eingesetzten Mitarbeiter der DDR-Grenztruppen. Es gibt im derzeitig zugänglichen Aktenbestand keinen Hinweis darauf, daß gleichwertige Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit dieser Kräfte überhaupt erwogen wurden.

In den jährlich fälligen Berichten wurden dem leitenden Strahlenschutzarzt sich wiederholende, nichtssagende Angaben zu den RABS 75 und den integrierten Strahlenquellen abgeliefert. Dr. Driese war dem Verfasser gegenüber auskunftsbereit. Dem gemeinsamen Gesprächsvermerk (Archiv: Dobrinski) ist zu entnehmen, daß ihm Entwicklung und Inbetriebnahme dieser Anlagen nicht bekannt waren und er erst durch die polizeilichen Vernehmungen Mitte der 90er Jahre von den beschämenden Vorgängen erfahren hat.

Keine Bereitschaft zum Gespräch hingegen zeigten jene Kernphysiker, die

dem MfS das Know-How der „Technik V“ erarbeiteten. Die zu Beginn der 70er Jahre in der OTS-Forschung unter der Deckbezeichnung „Technik V“ (Weiterentwicklung 1989: „Technik 5.3.“) auftauchenden Arbeiten waren 1973 soweit gediehen, daß von der Eignung derartiger Anlagen für die Fahrzeugkontrolle ausgegangen werden konnte. Experimentelle Erprobungen erhärteten die theoretisch entwickelte Methode. Die Kernphysiker Würzburger und Leuteritz unterbreiteten am 23.12.1974 eine Entscheidungsvorlage über die Einsatzfähigkeit der Röntgenbildmethode zur Aufdeckung von Personenschleusungen in größeren Fahrzeugen (MfS/OTS 1741, BStU-Pag. 20 ff.). Akribisch wurde auf 20 Seiten die experimentelle Überprüfung der Methode beschrieben. Diese Vorlage muß für die OTS-Entscheidungsträger sehr attraktiv, weil erfolversprechend gewesen sein, denn die Arbeiten wurden weiter vorangetrieben und der Bau einer Versuchsanlage erwogen. Die „Durchleuchtung von Fahrzeugen mit harten Röntgenstrahlen und die gleichzeitige Röntgenbildaufzeichnung zwecks Aufklärung von Personenschleusungen“ war danach so konzipiert, daß sich in zwei gegenüberliegenden, parallel zur Fahrspur errichteten Flachbauten (Gebäude I und II) auf der einen Seite die Strahlenquelle und auf der anderen Seite die Bildaufzeichnung mit einem vertikal angeordneten Nachweissystem, bestehend aus 120 Nachweisdetektoren für Gammastrahlen befanden. Der Ablauf der Röntgenbildaufzeichnung sah für das jeweilige Fahrzeuge einen Stillstand von ca. 1 Minute vor; währenddessen wurden die Strahlenquelle und das Nachweissystem synchron über die gesamte Fahrzeuglänge bewegt und das Röntgenbild auf einem Fernsehschirm wiedergegeben. So wurde die Bedingung „vollständiger Konspiration“ erfüllt.

Die Meßergebnisse der Durchleuchtungen, die unterschiedlichste Schleusungsversuche in Lkw und Pkw simulierten, waren zufriedenstellend. Im Januar 1977 schließlich fiel die Entscheidung für den „scharfen Einsatz“ der Technik V in Marienborn. Entgegen der ursprünglichen technischen Konzeption, die den Stillstand der Fahrzeuge vorsah, wurde später vom Durchfahren der Kontrolleinrichtung mit einer angenommenen Geschwindigkeit von 5 km/h ausgegangen. Das Ergebnis der Durchleuchtung erschien für die Mitarbeiter der HA VI auf dem Bildschirm; der Vor-



Obere und untere Begrenzung des Strahls, Musteraufbau in Teupitz.
Quelle: BStU

gang konnte von den Betroffenen nicht wahrgenommen werden.

Ein Protokoll über die Beratung der OTS, Abt. 31, und der HA VI vom 17.7.1978 zu den Anlagen in Marienborn zeigt, daß die positive Einschätzung des Erprobungsberichtes von Genossen Ziegenhorn u.a. nicht geteilt wurde. Allerdings bleibt offen, was deren Gemüter erregte. Nach den Aufzeichnungen des Protokollanten Würzberger aber haben alle Beteiligten einen Mangel hingenommen: „Notausschalter, der die Quelle automatisch schließt (auch bei Netzausfall) – wird längerfristig realisiert v. Abt. 31.“ Einigkeit bestand unter den Beratungsteilnehmern darin, daß der Einsatz der Technik V für die Pkw-Kontrolle „operativ für äußerst dringend gehalten wird.“

Es kann davon ausgegangen werden, daß 1989 die GÜSt/PKE an der innerdeutschen Grenze und Berliner Mauer bis auf wenige Ausnahmen mit den Anlagen der Technik V ausgerüstet waren; Überprüfung und Austausch der Cs-137-Strahlenquellen wurden nach vorliegenden Abrechnungen der OTS-Arbeitspläne noch im IV. Quartal 1989 vorgenommen. Die nach einer Recherche des Komitees zur Auflösung des AfNS (AfNS: Amt für Nationale Sicherheit, kurzzeitiger Nachfolger des MfS) vom 6.12.1990 in den 70er Jahren bezogenen Cs-137-Strahlenquellen, insgesamt ca. 17, waren nach einer Verteidigungsniederschrift vom 3. Februar 1988 zur Studie „Technik 5.3.“ gänzlich aufgebraucht und der Bezug neuer Strahlenquellen veranlaßt worden. Die Zielstellungen für die neue Generation Technik V ab 1990 führten bei den Verantwortlichen der HA VI zu visionären Vorstellungen von noch effizienteren Grenzkontrollen. Der zu Protokoll gegebene Bedarf an Strahlenquellen ließ alle bisherigen Maßnahmen zwerghaft erscheinen. Der für 1990



Realisierung des Musteraufbaus Technik V in Teupitz; links Gebäude 2, rechts Gebäude 1.
Quelle: BStU

geplante Bau einer Versuchsanlage sollte mit den Baumaßnahmen an einer Berliner GÜSt koordiniert werden, um optimale Erprobungsbedingungen zu sichern:

„Als Gesamtbedarf wird vom Bedarfsträger auf 25 bis 30 Anlagen orientiert. Diese Zahlen können sich verdoppeln, wenn es aus operativer Sicht erforderlich wird, die Anlagen auch in der jeweils entgegengesetzten Fahrtrichtung einzusetzen.“ (MfS-OTS 2865, BStU-Pag. 24)

In eigener Sache

Um den STACHELDRAHT auch in Zukunft herstellen und versenden zu können, müssen wir mehr Eigenmittel aufbringen.

Erneut haben sich auf unsere Bitte hin viele Leser, die ihn bisher kostenlos erhielten, entschlossen, den halben Abo-Preis von 4,50 Euro zu entrichten. Wir danken allen herzlich und hoffen auf weitere freiwillige Abonnenten.

Die Redaktion

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Süderländer Tageblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Pressedienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter mittrup@uokg.de.

Es kann keine Zweifel daran geben, daß die Bauherren dieser Kontrolleinrichtungen für die GÜSt/PKE wußten, daß es einer Bauartzulassung nach den atomrechtlichen Bestimmungen bedurfte, aber sehenden Auges und damit vorsätzlich entschied man sich gegen die entsprechenden Antragsverfahren. Das Fehlen einer solchen Bauartzulassung stellte für sie über fast zwei Jahrzehnte kein ernst zu nehmendes Hindernis dar. Externe Kontrollen, die kraft Gesetzes dem SAAS oblagen, waren mit der o.g. Vereinbarung durch Sitzlack gänzlich aufgegeben worden. Es waren nicht etwa fehlende Hinweise auf den illegalen Bezug von Strahlenquellen (selbst Uran 238 war 1976 ein Objekt der Begierde), die dem MfS den rechtsfreien Raum verschafften, sondern Staatsräson, die „ideologische Vertrauensbasis“ und das Bewußtsein, beim Genossen Mielke einen guten Ruf (als Karrieregarantie) zu haben. Am 4. Januar 1989 mußte Major Dr. Franz Leuteritz bekennen:

„Aufträge zur Bauartzulassung bei dem SAAS wurden nicht gestellt und können nicht gestellt werden, da es sich hier um konspirativ zu handhabende Technik handelt, die damit offengelegt würde. ... Das gesamte Genehmigungsverfahren beinhaltet außerdem die konspirative radioaktive Markierung von Gegenständen und Personen, die nicht in jedem Fall in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen liegt, jedoch Gesundheitsschädigungen von Personen bei ordnungsgemäßem Umgang und Einhaltung der Vorgaben ausschließt.“ (MfS/OTS 2241) - Die Suche nach Wegen zur Sicherstellung einer umfassenden Konspiration folgte diesem Bekenntnis auf dem Fuß; die neue Strahlenschutzordnung des MfS sollte die Bauartzulassung auf die Bauherren übertragen.

Die Strahlenschutzkommission (SSK), die sich 1995 mit dem Strahlenrisiko von Cs-137-Strahlenquellen bei DDR-Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze befaßte, kam bei Vergleichsrechnungen der natürlichen Strahlenbelastung mit der Strahlenbelastung an den Durchleuchtungseinrichtungen der PKE zu dem Ergebnis, daß diese für betroffene Personen ungefährlich gewesen sei. Dabei wurden „Durchleuchtungszeiten zwischen 8 (Pkw) und 25 Sekunden (Lkw)“ und eine automatische Begrenzungsschaltung nach 180 Sekunden unterstellt. Die Recherchen des Verfassers stehen einer vorbehaltlosen Zustimmung zu dieser Aussage entge-

gen. Nach gegenwärtiger Aktenlage ist davon auszugehen, daß die erwähnte, nach 180 Sekunden automatisch ausgelöste Begrenzungsschaltung zunächst zurückgestellt wurde. Nach der Niederschrift über eine gemeinsame Beratung des OTS/Abt. 31 und der HA VI vom 25.1.1977 verständigten sich beide Seiten auf folgende Lösung: „Der schnelle Quellenverschluß wird vorerst nicht erarbeitet.“ (OTS 2243, S. 83) Auch ist der bereits erwähnte, zeitlich unbefristete Verzicht auf eine Notausschaltung alles andere als ein Sicherheitszeugnis. Zwar ist der Zeitpunkt der Nachrüstungen bei derzeitiger Aktenlage nicht feststellbar, doch der spätere automatische Quellenverschluß bot wegen seiner Konstruktionsmängel ebenfalls keine hinreichende Sicherheit. Major Würzberger und Friedhelm Nürbchen sahen sich am 31.3.1989 in einer GÜSt mit „außergewöhnlichen Ereignissen“ und der damit verbundenen Meldepflicht konfrontiert, als gleich an zwei Quellenverschlüssen der Bruch der Zugstange eingetreten war.

Die Nachrüstung der im Einsatz befindlichen Anlagen war auf Dezember 1991 terminiert, das bestehende Risiko wurde also eher nachrangig eingestuft. Die Entscheidungen trafen beide in selbstverliehener Zuständigkeit.

Anlaß zur Besorgnis noch heute leitet sich jedoch aus einem anderen Tatbestand her: Die ordnungsgemäße Entsorgung der insgesamt in der Verfügungsgewalt des MfS/AfNS befindlichen Cs-137-Strahlenquellen durch die Verantwortlichen des MfS/AfNS ist nicht nachweisbar. Nach unseren Recherchen bei zuständigen Bundes- und Landesbehörden und im den Aktenbestand des SAAS verwaltenden Bundesarchiv sind entsprechende Unterlagen nicht vorhanden. Hinweisen auf der Internetseite „gruenes blatt“, die Entsorgung des MfS/AfNS über die NVA zur Bundeswehr, Sammelstelle für radioaktive Abfälle (Safra) bei der Pionierbrigade 80 in 15859 Storkow betreffend, wurde auf Anfrage durch das Bundesministerium für Verteidigung am 5. August 2009 widersprochen. An die o.g. OTS-Verantwortlichen gerichtete Auskunftersuchen wurden mit Stillschweigen belegt, ebenfalls Anfragen an die „Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung“ (GRH), Arbeitsgruppe Grenze – was allerdings zu erwarten war. So stellt sich die Frage, ob hier nicht die Verantwortung des Staates greifen müßte.

Mit Kerzen gegen rot-roten Affront

(st) Während am Abend des 9. November 2009 in ganz Berlin der Mauerfall vor 20 Jahren gefeiert wurde, waren über 150 Menschen dem Aufruf der UOKG gefolgt und hatten sich vor dem ehemaligen KGB-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße 54 versammelt. Mit Kerzen wollten sie an diesem historischen Datum auf die Gefahr des Erstarkens kommunistischer Kader und Ideologien aufmerksam machen, die mit dem Regierungsbündnis von SPD und Linken im Land Brandenburg Realität geworden ist. In seiner Begrüßung wies UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner auf eine Schiefelage historischer Betrachtung seit 1989 hin: Die Konzentration auf die Verbrechen des MfS hätten in der öffentlichen Wahrnehmung vergessen gemacht,



Foto: N. Radlitz

Trotz strömenden Regens mit Kerzen ein Zeichen setzen gegen die neue Macht der Täter.

daß es nur ein Instrument der eigentlichen Machthaber gewesen sei. Dies habe zur Verharmlosung der SED und ihrer Nachfolge-Partei PDS/Die Linke beigetragen und ihre Regierungsbeteiligung gefördert.

Horst Schüler, Ehrenvorsitzender der UOKG, ging besonders auf den ehemaligen Bürgerrechtler Matthias Platzeck ein, der ihm bisher Respekt abverlangt habe, nun aber nicht nur ein Bündnis mit der Linkspartei eingegangen sei, sondern erstmalig eine Linke in die Landesregierung geholt habe, in deren Führung überführte Stasi-Mitarbeiter wirkten. Schüler, der jahrelang im sowjetischen Gulag inhaftiert war und dessen Vater als überzeugter Sozialdemokrat von den Nazis ermordet wurde, empfahl dem Ministerpräsidenten, „ein wenig die Geschichte seiner eigenen Partei nachzulesen“. Ob unter den Nationalsozialisten oder unter den Kommunisten, immer seien es besonders die Sozialdemokraten gewesen, die man verfolgte, verhaftete und umbrachte. „Sie würden sich alle im Grabe umdrehen angesichts der Tatsache, daß diejenigen, unter denen sie gelitten haben, im heutigen Deutschland wieder nach der Macht greifen. Und es ist ausgerechnet die SPD, die ihnen dazu den Weg öffnet.“

Die Zeit ist reif...



Foto: Kerstin Kuzia

...für eine „Straße der friedlichen Revolution“, fanden ehemalige politisch Verfolgte der SED-Diktatur und schritten am 9. Oktober zur Tat. Mitglieder der VOS überklebten am Strausberger Platz in Berlin symbolisch das Straßenschild der Karl-Marx-Allee.

Erinnert

In der neuen Freiheit

„Freude oder Furcht – oder beides?“ fragten wir im vergangenen Jahr die Leser, um zu erfahren, wie und mit welchen Gefühlen ehemalige politisch Verfolgte der SBZ/DDR den Fall der Mauer 1989 erlebten. Die Veröffentlichung der Zuschriften wird bis zum Jahresende fortgesetzt.



Das Ende der DDR war nicht aufzuhalten. Mit der Öffnung der Mauer sollten wieder Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie herrschen. Eignigermaßen überraschend kam damals die Weisung des SED-Politbüros, daß jeder DDR-Bürger ausreisen kann. Der allgemeinen Euphorie folgend, machte auch ich mich auf zur Grenze in der Invalidenstraße. Die Straßen dorthin waren voller Menschen, die Lage war noch am Morgen danach unübersichtlich, und wirklich offen war der Übergang auch nicht. Nach einigen Erkundigungen unter den Wartenden wußte ich, daß die Grenzpolizisten dort kleine Formulare ausgaben – einen „Antrag auf Ausreise...“. Erst dann durfte man passieren. Bei mir aber hatte die jahrelange Maßregelung mit Genehmigungen, Formularen und Berichten an die staatlichen Stellen einen tiefen Einschnitt in meiner Entscheidungsfreude hinterlassen, der sich in diesem Augenblick spontan zeigte. Nein, nicht schon wieder erfaßt werden, und morgen weiß es die Stasi und darauf die Arbeitsstelle, von der ich die mir bekannten Folgen erleben konnte! Also kehrte ich um, denn ich durfte ja keine Beziehungen zum Westen haben, und das hatte sich mit den Jahren so verfestigt, daß ich es jetzt auch nicht eilig hatte. Am Wochenende, wenn alles so bliebe, was ich noch gar nicht richtig

glauben konnte, würde ich meinen ersten Spaziergang in den Westen machen. Schöne Erinnerungen hatte ich an die Besuche bei meinen Großeltern in der Admiralstraße am Kottbusser Tor in West-Berlin vor 1961. Die Gegend, die Menschen und das Umfeld hatten von damals so etwas Vertrautes für mich. Doch der Gang im November 1989 wurde zur großen Enttäuschung. Ich traute meinen Augen nicht, denn ich fand die Straße völlig verändert vor. Die alten Häuser waren weg, sie mußten eine Neubauzeile platzmachen, die dort wohl wegen des Wohnungsproblems der Nachkriegszeit notwendig war. Dazu kam noch die für uns „Eingemauerten“ neue Bevölkerungsstruktur, besonders in dieser Multikulti-Gegend. Das war für mich neu und fremd. Das Verhalten der Menschen war anders, als ich es von damals kannte. Die kleinen Tante-Emma-Läden waren alle weg, nur türkische Geschäfte und Händler bestimmten jetzt das Straßenbild. Es galt also umzudenken, die neue Freiheit zu überdenken und anders aufzunehmen. Meine erste Enttäuschung sollte nicht lange andauern, die Freude für alles, was neu war im vereinten Deutschland, überwog bald.

Marianne Wachtmann, Neuenhagen

Zur Lage der ehemaligen Verfolgten

Am 26. Oktober 2009 fand in Langenhagen/Niedersachsen eine Veranstaltung des Verbandes der politisch Verfolgten des Kommunismus e.V. (VPVDK) statt. Nach der Eröffnung durch die Vorsitzende, Renate Friedrich, referierte Dr. Sascha Möbius von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg zur Situation der politisch Verfolgten der SBZ/DDR. Es folgte ein Podiumsgespräch mit Zeitzeugen, unter ihnen auch der Ehrenvorsitzende Wolfgang Becker, der besonders herzlich begrüßt wurde.

A.O.

Wismut-Geschädigte

Am 30. Oktober dieses Jahres sendete das ZDF einen Kriminalfilm aus der Reihe SOKO Leipzig. In diesem Film wurde einem Millionenpublikum viel über die Verhältnisse im untergegangenen Unrechtsstaat DDR vermittelt. Es ging um die Strahlungsgeschädigten der Wismut (Uranabbau der Russen nach 1945 bis 1989). Diese Arbeit bedeutete ein hohes Krebsrisiko und die tatsächliche Krebserkrankung vieler Menschen, die bis heute bei den Behörden um Renten kämpfen - ähnlich, wie wir um die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Diese Strahlungsgeschädigten sollten ebenfalls, wie z.B. auch die Dopingopfer der DDR, mit uns am selben Strang ziehen, denn sie sind auch Kommunismus-Opfer. Kontakt: Rolf Wiese, Selbsthilfegruppe Post Trauma – Stasi Opfer, Leipzig, Tel. (03 41) 441 02 80, E-Mail clarowi@yahoo.de

Berichtigung

In der vorigen Ausgabe des Stacheldraht sind uns ein paar bedauerliche Fehler unterlaufen.

„Ihr Zuhause gab es nicht mehr“, S. 9: Statt „Gerda Strauß“ ist richtig „Gisela Strauß“. Wir schrieben, daß Gisela Strauß eine Auszeichnungsreise für ihre Arbeit in Sibirien erhielt; richtig ist, daß sie diese für gute Leistungen am späteren Arbeitsplatz in der DDR erhielt.

„Die Tränen von Hoheneck“, S. 10: Falsch war der Name der 2. Vorsitzenden des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen. Statt „Anita Goslar“ ist richtig „Anita Goßler“; ebenfalls falsch war „Eva Olowski“, richtig ist „Eva Olsowski“.

Weihnachten in Workuta

Deutsche in sowjetischen Zwangsarbeitslagern: Wie erlebten sie Weihnachten im eisigen sibirischen Winter? Was fühlten sie? Durften sie Weihnachten feiern? Hatten sie die Kraft dazu?

Davon erzählt der ehemalige „Workutaner“ Lothar Scholz, am Mittwoch, dem 9. Dezember 2009, 14.00 Uhr, im Stasi-Museum, Ruschestraße 103, Haus 1, Raum 212, 10365 Berlin. Der BSV-Förderverein und der BSV-Landesverband Berlin-Brandenburg laden zu dieser Veranstaltung in weihnachtlichem Rahmen herzlich ein. (Um telefonische Anmeldung, 030-55496334, wird gebeten; Fahrstuhlbenutzung ist möglich.)

Die Vorstände

Neuer Vorstand dankt

Der neugewählte Vorstand des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Besonders bedanken wir uns bei unseren Kameradinnen, die leider aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr direkt am Treffen teilnehmen können. Allen Kameradinnen wünschen wir eine besinnliche Weihnachtszeit und beste Gesundheit im neuen Jahr.

Inge Naumann – 1. Vorsitzende, Anita Goßler – 2. Vorsitzende, Margot Jann – Ehrenvorsitzende, Angelika Grünwald – Kassiererin, Rosel Werl – Schriftführerin, Christine Forster – Kassenprüferin, Eva-Maria Neumann – Kassenprüferin, Eva Olsowski – Beisitzerin, Monika Schneider – Beisitzerin

Letzter Weggefährte Arno Eschs

Am 5. Oktober 2009 ist Dr. Friedrich-Franz Wiese gestorben. Der Verband Ehemaliger Rostocker Studenten, VERS, trauert um einen engagierten und hoch verdienten Freund. Er war der Letzte der Weggefährten von Arno Esch.

Wiese stammte aus der mecklenburgischen Kleinstadt Parchim, machte dort sein Abitur und begann 1947 sein Che-

miestudium an der Universität Rostock. Im gleichen Jahr trat er in die LDP ein, wurde 1949 Landeshochschulreferent und Mitglied im Landeshauptausschuß. In dieser Zeit entwickelte sich eine enge politische und persönliche Freundschaft zu Arno Esch. Gemeinsam gerieten sie ständig in den offenen Widerspruch zur aufkommenden SED-Diktatur, was zu der Zeit zwangsweise zum lebensbedrohenden Ende führen mußte.

Im Oktober 1949 wurde die sogenannte Gruppe Esch – eine blanke Konstruktion – verhaftet. Ein sowjetisches Militärtribunal fällte sieben Todesurteile und schickte weitere sieben Verurteilte für 25 Jahre in die sibirischen Straflager. Friedrich-Franz Wiese wurde als einziger der Todeskandidaten durch unerklärlichen, glücklichen Zufall begnadigt. Konrad Adenauer holte ihn 1955 mit den letzten Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen aus Sibirien zurück. In Bonn konnte er sein Studium fortsetzen und mit der Promotion abschließen.

Neben Familie und Beruf hatte sich Wiese die Aufklärung der Schicksale der zum Tode verurteilten Leidensgefährten zur Lebensaufgabe gemacht. Jahrelange Bemühungen hatten erst Erfolg, als sich die politischen Verhältnisse durch Gorbatschow änderten. Es gelang, die wichtigen Unterlagen aus Moskau zu erhalten und auch die Rehabilitierung der Hingerichteten zu erwirken. Dafür ist Friedrich-Franz Wiese mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

Am 18. Oktober 2009 fand auf Einladung der Universität Rostock und des VERS anlässlich des 60. Jahrestages der Verhaftung der „Gruppe Esch“ eine Gedenkveranstaltung in der Rostocker Universitätskirche statt, die unbeabsichtigt auch zu einer Gedenkfeier für Friedrich-Franz Wiese wurde. In seinen letzten Lebenstagen hatte er die Aufzeichnung seiner GULag-Erinnerungen abgeschlossen. In Gegenwart seiner Familie konnte das Buch „Zum Tode verurteilt – Überleben im GULag“ dort vorgestellt werden.

Friedrich-Franz Wiese hat das Leben in all seinen Tiefen erfahren müssen, doch alle Erschütterungen haben ihn nicht verbittert. Als lebensfroher, heiterer und geselliger Mensch wird er uns in unauslöschlicher Erinnerung bleiben.

Peter Moeller

Spendenaufruf

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Leserinnen und Leser,

anders als manch andere Organisationen tritt die UOKG nur ein oder zweimal im Jahr mit der Bitte um eine Unterstützung an Sie heran. Dies bedeutet nicht, daß wir über genügend Mittel verfügen. Im Gegenteil. Da wir keine privaten Sponsoren haben, sind wir dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen. Allerdings möchten wir Sie auch nicht mit ständigen finanziellen Wünschen belästigen.

Die zunehmende Akzeptanz der UOKG in Politik und Öffentlichkeit stellt uns vor erhebliche Herausforderungen. Nach den Wahlen müssen wir unsere Verbindungen in die Politik neu ausbauen.

Unser Kongreß zur Anerkennung verfolgtungsbedingter Gesundheitsschäden war ein großer Erfolg. Selbst die ZDF-Sendung Frontal 21 berichtete darüber. Allerdings machte gerade dieser Kongreß deutlich, welche wichtigen Herausforderungen vor uns stehen. So denken wir über geeignete Möglichkeiten nach, mit denen wir die Freunde unterstützen können, die allein nicht weiter kommen.

Leider wächst, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, auch die Unverschämtheit der ehemaligen SED-Genossen, mit der sie uns Opfer angreifen. Auch ihr politischer Einfluß über die Partei Die Linke ist besorgniserregend. Die in Potsdam am 9. November durchgeführte Kerzendemonstration gegen das rot-rote Bündnis in Brandenburg ist eine unserer Antworten.

Während unsere früheren Unterdrücker wieder in führenden Stellungen sitzen und ihre dreisten Privilegien mit allen Mitteln durchsetzen, werden viele Opfer und Opfergruppen bis heute übersehen. Gerade sie brauchen dringend unsere Hilfe. Damit die UOKG ihre Verantwortung weiter sachgemäß wahrnehmen kann, bitten wir Sie, unsere Arbeit mit einer Spende zu unterstützen. Die Spenden sind als gemeinnützig anerkannt und können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit den besten Wünschen für eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und ein gesundes und glückliches Jahr 2010 grüßt Sie

Ihr Rainer Wagner,
Bundesvorsitzender

(Eine Spendenbescheinigung für Beträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel)

Charly Salomon

Ende Oktober dieses Jahres erreichte mich die Nachricht, daß Karl Salomon, geboren am 9. April 1932, am 18. Oktober 2009 nach schwerer Krankheit verstorben ist. Er wurde von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt und saß in Bautzen, unter anderem auf Saal 2. Sein Berufsweg nach der Entlassung führte ihn bis zum Studiendirektor. Wir trauern um Charly Salomon.



Dieter Henning Charly 1954 in Königswinter.

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin – Steuernummer 27/679/50198 – vom 13. November 2006 als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A. Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

Bis zu einem Betrag von 100 € gilt diese Bestätigung zusammen mit dem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Für Zuwendungen über diesen Betrag wird eine Zuwendungsbescheinigung zugesandt (bitte im Überweisungsträger die Anschrift angeben).

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

U O K G e. V.

Konto-Nr. des Begünstigten

7 3 4 2 7 2 8

Bitte deutlich schreiben!
Beleg wird maschinell gelesen.

Bankleitzahl

1 0 0 7 0 0 2 4

Kreditinstitut des Begünstigten

D t. B a n k B e r l i n

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden – (nur für Begünstigten)

(g e m e i n n ü t z i g e) S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à max. 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

20

1820 421 337 **DG**VERLAG 12.06

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Datum, Unterschrift

Keine „Volks-Solidarität“ mit den Rentnern

Nun sind auch in Brandenburg die Linken mit an der Macht. Ohne Not hat Platzeck sie an den Kabinetttisch geholt und die zehnjährige Zusammenarbeit mit der CDU beendet. Großzügig verzichtet die Spitzenkandidatin der ehemals SED heißenden Partei Die Linke auf ein Ministeramt, weil sie für die

Stasi spitzelte. Der nächste Stasi-Fall kommt bestimmt, denn diese Partei hat nie wirklich mit der SED-Diktatur gebrochen. Was sagen eigentlich die mutigen Menschen, die vor 20 Jahren die SDP gründeten, zu dieser Koalition? Während die Linkspartei im Wahlkampf laut für die Benachteiligten im Lande stritt - an der Spitze Millionär Lafontaine, dessen großzügige Villa im Saarland den Spottnamen „Palais der sozialen Gerechtigkeit“ trägt – wurde ein neuer Skandal bekannt. Wie das ARD-Magazin „Report München“ recherchierte, hat die Vorfeld-Organisation der Linken, die „Volkssolidarität“, in Mecklenburg-Vorpommern mit dubiosen Geldgeschäften rund tausend Rentner um sieben Millionen Euro betrogen. Etwa 300 000 Mitglieder hat diese „Volkssolidarität“ in den neuen Bundesländern. Sie ist maßgeblich an den Wahlerfolgen der Linken beteiligt, weil sie Basisarbeit für diese Partei betreibt. Im Bundesvorstand sind natürlich auch die Linken vertreten. Der Skandal in der „Volkssolidarität“ zeigt schon mal, wie ehrlich und sozial die Linkspartei in Wirklichkeit ist. Natürlich äußern sich Demagogen wie Gysi und Lafontaine dazu nicht, versprechen aber unverdrossen „Reichtum für alle“. Wie dichtete doch Wolf Biermann? „Für die mit Koch, Chauffeur und Haus brach der Kommunismus schon gestern herrlich aus...“

Albert Ondrak, Hannover

Und wieder nichts gelernt

Die größte Gedenkstätte des Landes Brandenburg ist Sachsenhausen. Nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946 wurden in dieses Lager jene SPD-Genossen gesperrt, die sich nicht zwangsvereinigen wollten. Jetzt geht die SPD aus Brandenburg mit der kommunistischen Linken eine „Zwangsehe“ ein, um an der Macht zu bleiben. Die Linkspartei hat in den letzten 20 Jahren zwar einige Male ihren Namen geändert, sich aber nie von den Verbrechen ihrer Vorgänger distanziert.

Das wird der SPD auf die Füße fallen und ihren Untergang beschleunigen.

Hanns Osterloh, AG Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.

Lippenbekenntnisse

Am 9. Oktober 2009 fand im Leipziger Gewandhaus der Staatsakt zur Erinnerung an die Demonstrationen von fast 70 000 mutigen Leuten aus der ganzen „DDR“ in Leipzig statt. Einer der Redner, Stanislaw Tillich, war vor zwanzig Jahren noch beim Rat des Kreises als Stellvertretender Vorsitzender, während ein anderer Redner, Werner Schulz, damals schon zum Neuen Forum gehörte. Jeder ist zum Lernen fähig (aber er muß es auch wollen).

In seiner großartigen Rede kritisierte Schulz auch die Ehrung eines ehemaligen maßgeblichen Unterstützers der SED-Diktatur. Daß ausgerechnet der Freistaat Sachsen den ehemaligen KGB-Offizier mit einem Orden ausgezeichnet und Ministerpräsident Tillich angesichts der kritischen Worte von Schulz darüber einfach nur grinst, zeugt nicht von politischer Lernwilligkeit. Immerhin gehörte Putin später als russischer Präsident auch zu den führenden Verfolgern von Menschenrechten in seinem Land. Es bleibt der böse Verdacht, daß viele Bekenntnisse zur Demokratie von denen, die früher zum Apparat der Diktatur gehörten, nur Lippenbekenntnisse sind.

Hans-Christoph Winkel, Dresden

Um Geld verachten zu können, muß man welches haben..

Curt Goetz

Warum verachten, wenn sich damit eine gute Zeitung finanzieren läßt?

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Veranstaltungen

24.11. (Di), 19.00 Uhr:

Zwangsadoption in der DDR. Mit Katrin Behr, Betroffene und heutige Helferin; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

26.11. (Do), 10.30 Uhr:

TV-Sendung **„Der politische Weg der Ukraine – von der Roten zur Orangen Revolution“.** Aufzeichnung einer Buchpräsentation mit Dr. Katrin Boeckh, Historikerin, Universität München, veranstaltet v. OEZ Berlin; History TV d. OEZ Berlin, Berliner Kabelprogramm des OKB, Videostream über www.alex-berlin.de

26.11. (Do), 18.00 Uhr:

Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. Vorgeschichte und Geschichte der friedlichen Revolution. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Volkshochschule Greifswald, Martin-Luther-Str. 7a, 17489 Greifswald

29.11. (So), 22.00 Uhr:

Rundfunksendung **„Eine Lesung mit Herta Müller“** (Nobelpreisträgerin 2009). Aufzeichnung einer Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a. im April 2007 in Berlin; Produktion v. Margarita Stein, Radio History, OEZ Berlin; Berliner Kabelprogramm des ALEX-OKB auf 96,2 MHz u. Audiostream über www.alex-berlin.de

30.11. (Mo), 18.00 Uhr:

Briefe aus einem freien Land – „Rückverbindungen“ in die Diktatur. Lesung aus Stasi-Akten mit Jochen Stern, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzener Str. 139, 03050 Cottbus

1.12. (Di), 18.00 Uhr:

Doppelt verfolgt – das widerständige Leben des Arno Wend. Buchvorstellung und Lesung mit Dr. Mike Schmeitzner; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin

2.12. (Mi), 19.00 Uhr:

„Im Frauen-GULag am Eismeer“ – „Ins Leben zurück“. Lesung mit der Autorin Ursula Rumin; Veranstaltung v. Stadtbibliothek Steglitz-Zehlendorf, Ingeborg-Drewitz-Bibliothek u. KAS; Ort: Einkaufszentrum „Das Schloß“, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

Der Vorhang geht auf

Das vorliegende Buch ist eine kenntnisreiche und unvoreingenommene Analyse des Untergangs und Neubeginns im von Stalin geschaffenen und den Alliierten tolerierten Ostblock. Doch mit dem Begriff der Analyse allein wird man dem Autor György Dalos nicht gerecht. Vielmehr ist es ihm gelungen, neben den Ansprüchen an ein Sachbuch immer wieder auch denen an ein Erzählwerk zu genügen. Dalos besitzt die heutzutage seltene Gabe, im Plauderton historische Inhalte zu vermitteln, ohne daß dabei die Aufarbeitung komplizierter Sachverhalte zu kurz kommen würde. Die Aufbereitung historischer Fakten wird durch Anekdoten und einprägsame Witze aufgelockert:

„In Warschau betritt ein Kunde den leeren Fleischerladen. Er fragt die beiden Verkäufer: ‚Haben Sie Schweinefleisch?‘ – ‚Haben wir nicht.‘ – ‚Haben Sie Rindfleisch?‘ – ‚Nein.‘ – ‚Haben Sie Kalbfleisch?‘ – ‚Nein.‘ – ‚Haben Sie Hühnerfleisch?‘ – ‚Nein.‘ – ‚Haben Sie Bockwurst?‘ – ‚Nein.‘ – ‚Haben Sie Hartwurst?‘ – ‚Nein.‘ Der Kunde gibt auf und verläßt enttäuscht den Laden. Der eine Verkäufer sagt zum anderen: ‚Der Mann hat aber ein tolles Gedächtnis!‘“

Innerhalb der Staaten des Ostblocks scheint Polen ein Sonderfall gewesen zu sein. Dies allein schon wegen der Rolle der katholischen Kirche mit einem polnischen Papst an der Spitze, der neben Gorbatschow den Stein des Wandels ins Rollen gebracht haben könnte. Nicht zufällig hatten bis heute nicht exakt auffindig zu machende Geheimdienste ihm nach dem Leben getrachtet. Die Spuren führten jedenfalls nach Bulgarien, den „Standort der gefürchteten Geheimpolizei *Derschawna Sigurnost*, deren Agenten im September 1978 in London am helllichten Tag den Exilautor Georgi Markow ermordeten. Die Tatwaffe, ein mit Gift präparierter Regenschirm, war in der Öffentlichkeit so oft mit Bulgarien identifiziert worden, daß für das Image des Landes ein dauerhafter Schaden entstand. Kaum hatte sich die Empörung über diesen Realthriller ein wenig gelegt, als einige Jahre später im Kontext des Attentats gegen Papst Johannes Paul II. im Mai 1981 die italienischen Untersuchungsbehörden auf eine *pista bulgara*, eine *bulgarische Spur*, stießen, die vermuten ließ, daß die Hintermänner des Mordversuchs in der Balkanrepublik zu suchen seien.“

Bei der Lektüre fällt auf, daß eine ungeheuer große Menge von Wissen aufgearbeitet und komprimiert, teils sublimiert worden ist. Um der Übersichtlichkeit willen hat Dalos sich für eine Chronologie des Untergangs entschieden. Also steht in Anlehnung an König Artus „Die Tafelrunde der Erzfeinde“ in Polen am Anfang und am Ende Rumäniens „Revolution der Grabeskälte“. Dazwischen werden Ungarn, die DDR, Bulgarien und die ČSSR abgehandelt.

Der Leser darf durch Dalos' Brille die wichtigeren Akteure der jüngsten Geschichte in Augenschein nehmen, die Anfang 1989 Noch-Inhaber der Macht und die aussichtslos wirkenden Oppositionellen. Er wird vertraut gemacht mit den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen, die zu den Ermüdungserscheinungen der Diktaturen und schließlich zum Kollaps geführt haben. Außer Gorbatschow, durch den die Entwicklung beschleunigt, indes keineswegs ausgelöst worden ist, haben die Herrscher von Moskaus Gnaden alle an der Macht geklebt, wollten nicht aufgeben,



György Dalos

DER VORHANG GEHT AUF

Das Ende
der Diktaturen
in Osteuropa

C.H.Beck



.....
György Dalos: *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa* C.H.Beck Verlag 2009, 272 S., 19,90 €
.....

hatten jedoch angesichts ihrer maroden Volkswirtschaften ohne brüderliche Hilfe und militärische Rückendeckung der Sowjets keine Chance.

Interessant die Argumentationskette, die für das jeweilige Land nachvollziehbar macht, wer warum dort nach dem Umbruch an die Macht gekommen ist, warum in Rumänien ein einstiger Mitstreiter Ceausescu, Ion Iliescu, die Macht übernehmen konnte, warum in Deutschland die PDS keine Chance gehabt hat, dafür aber die Nachfolgepartei der ungarischen Kommunisten in Ungarn sehr wohl. Daß die PDS in den zurückliegenden zwanzig Jahren allmählich doch hoffähig gemacht wurde, ist ein anderes Thema. Vermutlich der Vergeßlichkeit der ewigen Mitläufer geschuldet, die sich an kurzfristigen Vorteilen und nicht immer seriösen Versprechungen orientieren.

Trotz der sich wiederholenden Angriffe gegen die Birtler-Behörde ist es letztlich der Aufarbeitung der Stasi-Akten zu verdanken, daß ehemalige Stasi-Offiziere in Deutschland keine Chance haben, erneut eine politische Karriere zu starten. Nirgendwo sonst, so Dalos, sei die Vergangenheitsbewältigung so vorbildlich umgesetzt worden wie in Deutschland. Jedenfalls dürfte es einem ehemaligen Offizier der osteuropäischen Spionageabwehr in der Berliner Republik unmöglich sein, in den Berliner Senat einzuziehen. Ganz anders beispielsweise in Ungarn, wo die Verknüpfungen und alten Seilschaften noch immer gut funktionieren. In Rußland wirke sich die einstige KGB-Mitgliedschaft sogar karrierefördernd aus. Dalos bleibt auch die Antwort darauf nicht schuldig, warum ausgerechnet in der ČSSR, wo nach 1956 und 1968 alles mit der Charta '77 begonnen und seine Kreise gezogen hatte, die Umwälzungen fast zuletzt eingetreten sind.

Wer sich ein umfassendes Bild von der Zeit vor 20 Jahren in Osteuropa machen möchte, ohne von historischen Fakten gleich erschlagen zu werden, dem sei György Dalos' Geschichte vom Ende des Eisernen Vorhangs wärmstens empfohlen.

Hans-Henning Paetzke

Helden von Leipzig

(MB) Leipzig war wohl der zentrale Ort des Herbstes 1989. An den Leipziger Montagsdemonstrationen haben immer auch sehr viele Auswärtige teilgenom-

men. Martin Jankowski hat Leipzig ganz treffend als „die Bühne der Friedlichen Revolution“ bezeichnet. Daß aber Leipzig diese herausragende Rolle für das gesamte Land spielen konnte, hatte durchaus eine spezifische Leipziger Vorgeschichte. Dafür stehen die in diesem Band vorgestellten Menschen in besonderer Weise. Zwar sind sie „Leipziger Helden“, aber ihr Tun ist bei weitem nicht nur für Leipzig von entscheidender Bedeutung gewesen. Dem erfahrenen Reporter Thomas Mayer ist es zu verdanken, diese Menschen 20 Jahre später aufgespürt und ihre Geschichten publik gemacht zu haben. Seine in der Leipziger Volkszeitung erschienene Serie über Leipziger „Helden der Friedlichen Revolution“ hat zu Recht eine große Resonanz gefunden. Thomas Mayer hat diesem ganz wesentlichen Teil der 1989er Revolutionsgeschichte Namen und Gesichter gegeben. Es waren Menschen, die hier gehandelt haben – und der Autor zeigt genau dies: die menschliche Dimension der friedlichen Revolution.

.....
Thomas Mayer: Helden der Friedlichen Revolution – 18 Porträts von Wegbereitern aus Leipzig, Nr. 10 der Schriftenreihe des Sächsischen LStU, Evangelische Verlagsanstalt 2009, 160 S., 12,80 €

Von Zuchthaus und Verrat

(VT) Ihr „Verbrechen“ war, daß sie in den Westen wollte, daß sie Bespitzelung, Verrat, die Unmöglichkeit, Kritik frei zu äußern, nicht mehr ertrug. Nach der Entdeckung ihres Fluchtvorhabens 1972 wurde Ellen Thiemann verhaftet. Aus Liebe zu ihrem Sohn, der an der Grenze gefaßt worden war, nahm sie alle Schuld allein auf sich, damit der Sohn beim Vater aufwachsen konnte und nicht in ein Heim mußte. Damit begann für die Autorin ein Leidensweg, der sie ins berüchtigte Frauenzuchthaus Hoheneck führte. Fünfzehn Jahre nach ihrer Entlassung besuchte die Journalistin noch einmal den Ort, mit dem sie die schwerste Erinnerung ihres Lebens verbindet.

In einem zweiten Buch enthüllt die Autorin einen schrecklichen Verrat. Als „Der Spiegel“ Ellen Thiemanns geschiedenen Mann als einen der größten Stasi-Spitzel unter den DDR-Sportjournalisten enttarnt, hat sie nur noch ein Ziel: die Wahrheit zu finden, aufzuklären, zur Verantwortung zu ziehen. So erfährt sie, daß ihr Mann unmittelbar nach ihrer Verhaftung

Veranstaltungen

2.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Buchpräsentation mit Prof. Dr. Martin Sabrow, Direktor d. Zentrums f. Zeithistorische Forschung Potsdam, und Zeitzeugengespräch mit Wolf Biermann, Zeitzeuge u. Liedermacher; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Vertretung d. Freistaates Sachsen beim Bund, Brüderstr. 11/12, 10178 Berlin

3.12. (Do), 11.00 Uhr:

Macht das Tor auf – zum Leben von Michael Gartenschläger. Theatervorstellung mit Gespräch. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder u.a.; Ort: Kleist Forum, Platz der Einheit, 15230 Frankfurt

3.12. (Do), 18.00 Uhr:

Erfahrungen der Unfreiheit und die Idee der Freiheit in Ungarn und Rumänien. Ref. Prof. Dr. Anton Sterbling, Soziologe, Rothenburg/OL, Veranstaltung d. Osteuropa-Zentrums Berlin u.d. Deutsch-Ungarischen Gesellschaft; Ort: Europäisches Informationszentrum, Voßstr. 22 (Nähe Potsdamer Platz), 10117 Berlin

3.12. (Do), 19.00 Uhr:

„Macht-los“. Das Ende der Stasi in Halle – die Beteiligten erinnern sich. Podiumsdiskussion mit Brunhild Köhler, Martina Schmitt (BStU), Dr. Frank Eigenfeld, Dietmar Nikolai Webel, Ulrich Schlademann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Franckesche Stiftungen, Freylinghausensaal, Franckeplatz 1, 06110 Halle

3.12. (Do), 19.00 Uhr:

„Oktoberfilm“. Präsentation eines Dokumentarfilms mit Fotografien der Herbstereignisse in Dresden 1989; anschließend Gesprächsrunde mit Ralf Kukula, Regisseur u. Produzent, Frank Richter, Mitbegründer der „Gruppe der 20“ in Dresden, Detlef Pappermann, 1989 Polizist, heute LKA Sachsen; Veranstaltung des Freistaates Sachsen; Ort: Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund, Brüderstr. 11/12, 10178 Berlin; Anmeldung erforderlich bis 28.11.09, per Fax 8030) 206 06-4 29 oder E-Mail veranstaltungen@bln.sk.sachsen.de

4.12. (Fr), 11.00 Uhr:

Macht das Tor auf – zum Leben von Michael Gartenschläger. Theatervorstellung mit Gespräch. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder u.a.; Ort: Staatstheater Cottbus, Karl-Liebknecht-Str. 23, 03046 Cottbus

4.12. (Fr), 19.00 Uhr:

„Besetzung der Burg“. Gedenkveranstaltung 20 Jahre nach der Besetzung der Bezirksverwaltung d. MfS in Suhl. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Ehemalige Bezirksverwaltung d. MfS, Hölderlinstr. 1, 98527 Suhl



5.12. (Sa), 15.00 Uhr:

„Nach der SED-Diktatur“. Der Umgang mit den Hinterlassenschaften von SED und MfS. Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Hans Joachim Jentsch, Thüringer Justizminister a.D., Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Politikwissenschaftler; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Neues Rathaus, Foyer, Friedrich-König-Str. 42, 98527 Suhl

7.12. (Mo), 19.00 Uhr:

Jochim Gauck beim Montagsgespräch in der „Runden Ecke“. Veranstaltungsreihe „Wir sind das Volk!“ des Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Bürgerkomitee, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

8.12. (Di), 19.00 Uhr:

Adventsabend in der Gedenkbibliothek. Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

9.12. (Mi), 14.00 Uhr:

Weihnachten in Workuta. Der ehemalige „Workutaner“ Lothar Scholz erzählt im weihnachtlichen Rahmen; Veranstaltung d. BSV-Fördervereins für Beratungen mit dem BSV-LV Berlin-Brandenburg; Ort: Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 212, 10365 Berlin (bitte telefonisch anmelden unter 030 – 55 49 63 34, Fahrstuhlbenutzung möglich)

9.12. (Mi), 18.15 Uhr:

Dreiländerspiel. Verbindungen ungarischer Oppositioneller in das geteilte Deutschland in den 70er und 80er Jahren. Vortrag v. Hans-Jürgen Rother, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, Bibliothek (Eingang Haus 31), 10178 Berlin

9.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. Vorgeschichte und Geschichte der friedlichen Revolution. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Kreisvolkshochschule Rügen, Schulstr. 2, 18523 Bergen/Rügen

9.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Der Kampf um die Macht – die DDR Ende 1989. Diskussion u.a. mit Markus Meckel, Hans Modrow, Reinhard Schult; Veranstaltung d. Berliner LStU u.d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Saal, Ziegelstr. 30, Berlin-Mitte

15.12. (Di), 19.00 Uhr:

„Akten auf?“ Die Aufarbeitung des Kommunismus in Albanien. Mit Referenten aus Albanien und Deutschland, Mod. Detlef W. Stein, Leiter OEZ Berlin; Veranstaltung d. Osteuropa-Zentrums Berlin u.d. BStU; Ort: Berliner Rathaus (Eingang Jüdenstraße), Raum 338, 10178 Berlin

ausgerechnet mit ihren Feinden paktierte, als deren Laufbursche und Marionette fungierte. Hatte er gar die gemeinsam geplante Flucht verraten? Die Autorin beschreibt ihren gemeinsamen Kampf mit der bundesdeutschen Justiz gegen Stasi-Vernehmer, Richter, Spitzel, Zuchthausleiter. Es ist ein Kampf um Gerechtigkeit, um Wahrheit und Aufklärung, gegen Unrecht und Vergessen.

.....
Ellen Thiemann: Stell dich mit den Scher-gen gut, F.A. Herbig Verlag, 2. Aufl. 2007, 384 S., 9,95 €
Ellen Thiemann: Der Feind an meiner Seite, F.A. Herbig Verlag, 1. Aufl. 2005, 368 S., 22,90 €

Geheimsache Reichsbahndampf

Noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts fuhren auf vielen Strecken der Deutschen Reichsbahn Dampflokomotiven im regulären Verkehr, während die Deutsche Bundesbahn schon auf Diesel- und Elektrolokomotiven umgestellt hatte. Viele westliche Eisenbahnfreunde reisten deshalb in die DDR, um die alten „Dampfriesen“ bei der Arbeit fotografieren zu können. Wer aber immer wieder mit Kameras die Grenze überquerte, erregte schnell das Mißtrauen der „Sicherheitsorgane“. So erging es auch Autor Burkhard Wollny, der bei seiner Eisenbahn-Fotografen jagd vom MfS gejagt wurde. Wie er in seinem Buch sehr spannend anhand von BStU-Akten nachweist, gab es sogar ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Spionage (§ 97 StGB) gegen ihn. Jahrelang verfolgten ihn Mielkes Mitarbeiter und legten die Akten erst 1980 gesperrt ab, nachdem Wollny längere Zeit nicht mehr eingereist war. Akribisch wurde jede Bewegung des Eisenbahnfreundes im „OV Fotograf“ festgehalten. Nicht nur er fotografierte, auch die Stasi-Bewacher lichteten ihn ab. Wollny resümiert nach dem Akten-Studium heute: „Texte, wie sie in diesem Buch dokumentiert sind, können uns zur Freude und Dankbarkeit darüber ermahnen, daß ein Regime von so erschreckend deutlicher Menschenverachtung ohne Blutvergießen entmacht werden konnte.“

- onod -

.....
Burkhard Wollny: Geheimsache Reichsbahndampf. Die Stasi-Akte Fotograf, Motorbuch Verlag 2009, ca. 176 S., 19,95 €

Buchtip

Das Zuchthaus Cottbus

Von Tomas Kittan, Cottbuser Blätter, Sonderheft 2009, Regia Verlag, Cottbus 2009, ca. 142 S., 19,95 €

Die „Strafvollzugseinrichtung“ der DDR in Cottbus galt bisher als eher unbedeutend. In dreijähriger Forschungsarbeit konnte Dr. Tomas Kittan nun belegen, daß Cottbus die wichtigste politische Vollzugsanstalt in der Ära Honecker war.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben

Sonja Kantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Joachim Giesicke am 15. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe, Anton Wohsmann am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Walther Blumenthal, Bernhard u. Irmgard Coffalla, Hans Corbat, Alfred u. Ingrid Czubek, Ulrich u. Gisela Egerer, Helmut u. Ida Henke, Grete Klemt, Georg Padel



UOKG e.V.

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Beratung:

Florian Kresse, Mo-Do, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mi-Fr, 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Projektmanagement:

Theo Mittrup, Do 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 51
 E-Mail mittrup@uokg.de

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

BSV Berlin
Spenden und Beitragskonto: 7194 209 200
Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00
Absenderangabe nicht vergessen!

Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder
„Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-
Konto siehe Impressum unter „Redaktion“).

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei
Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Wilfried Brosinsky, Günter u.
Marlies Dettmann, Helmut Ebel, Fritz Eulitz, In-
gobert Gebauer, Renate Gebel, Jürgen Gruhle,
Prof. Dr. W. u. R. Gumpel, Rudolf u. Ingrid
Hoffmann, Dr. Gisela Jahn, Henry Katarschinski,
Dr. Eberhard Kempf, Bernd u. Martina
Kleinschmager, Peter Klepper, Ellenburg Kom-
man, Brigitte Edith Kröger, Willi Leppler, Erich
Lienhart, Hans-Georg u. Ilieana Müller, Horst
u. Sieglinde Opitz, Günter u. Anneliese Palte,
Dr. Rudolf Polak, Wally Preußner, Klaus-Dieter
Puls, Detlev Putzar, Ernst-Willi Rehdanz, Man-
fred u. Gisela Rohde, Siegbert Schmolke, In-
grid Schnalke, Erika Schwarz, Rudolf Schwar-
zer, Kurt u. Ursula Siehl, Norbert Sommer,
Erika Steinz, Gotthard Trumpf, Lothar A.W.
Unger, Rudolf u. Margarete Walther, Wilfriede
Weigel, Dr. Harry Wüstemann, Konrad Hill

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-
Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner
Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-
Spende“

Das Zitat

In der Politik ist es wie in der Mathematik: Alles,
was nicht ganz richtig ist, ist falsch.

Edward Kennedy

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:
Berliner Bank AG, BLZ 10020000
Konto-Nr. 7194 209 200
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1,
10365 Berlin, Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Union der Opferverbände Kommunis- tischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)

Bundvorsitzender: Rainer Wagner

Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle:

Theo Mittrup, Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-54, Fax -40
Anschrift:
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche
Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem
BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 200
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG
Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haf-
tung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. November 2009

